

Dienstag, 9. Dezember 2025
20:00 Uhr, im Monséjour - Zent-
rum am See

Protokoll der Bezirksgemeinde

Vorsitz	Ebert Oliver, Bezirksammann
Teilnehmende	Gamma Grüter Petra, Statthalterin Hofer Sibylle, Bezirksrätin Hunziker René, Bezirksrat Küng Peter, Säckelmeister Schlömmer Roman, Bezirksrat Schuler Toni, Bezirksrat
Protokollführung	Sinoli Marc, Landschreiber
Entschuldigt	---
Bemerkungen	---

Traktandenübersicht

A-Geschäft

1. Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann
2. Wahl der Stimmenzählenden

C-Geschäft

3. Umgestaltung Seeplatz und Parkhaus Dorfhalde, 2025, Küssnacht
4. Schlussabrechnung Ausgabenbewilligung Realisierung Erneuerung Sportanlage Luterbach "Vision 21"
5. Voranschlag 2026

D-Geschäft

6. Verschiedenes
-

Click or tap here to enter text.

PRÄ: Bezirksgemeinde vom 09.12.2025, Budget 2026

Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann

Geschäfts Nr. 2025-790

Aktenzeichen 010.1 / Bezirksgemeinde, Orientierungsversammlung

Bezirksammann Oliver Ebert begrüsst alle Anwesenden zur Bezirksgemeinde, darunter speziell auch die Gäste, Abteilungsleitenden und Medienschaffenden.

Es sind folgende Medienschaffende anwesend:

- Freier Schweizer: Fabian Duss und Patrick Caplazi
- Bote der Urschweiz: Edith Meyer und Erhard Gick
- Tele 1: Andreas Wolf

Er dankt den Medienschaffenden für eine korrekte Berichterstattung und wünscht allen Teilnehmenden eine speditive, informative und sachliche Versammlung und erklärt die Bezirksgemeinde als eröffnet.

Oliver Ebert hält nach Gemeindeorganisationsgesetz (GOG) fest:

- Das Protokoll der letzten Bezirksgemeinde vom 7. April 2025 habe der Bezirksrat mit Beschluss Nr. 2025/413 am 3. September 2025 genehmigt.
- Die Einladung zur heutigen Bezirksgemeinde erfolgte fristgerecht per Inserat am 28. November 2025 in der Lokalzeitung "Freier Schweizer". Zudem wurde die Botschaft mit sämtlichen relevanten Unterlagen termingerecht mindestens 10 Tage vorher an alle Haushalte zugestellt (§ 20 Abs. 2 GOG).
- Stimmberechtigt sei gemäss § 5 des Gesetzes über Wahlen und Abstimmungen nur, wer im Bezirk Küsnacht Wohnsitz habe: "Das Stimmrecht kann nur in der Wohnsitzgemeinde ausgeübt werden". Zuwiderhandlungen sind strafbar.
- Nicht stimmberechtigte Personen seien unter Strafandrohung verpflichtet, sich im eigens dafür bezeichneten Bereich, vorne in die erste Reihe einzufinden.

Die Verhandlungen werden wie bis anhin auf Tonband aufgenommen.

Schliesslich werden die anwesenden Sprecherinnen und Sprecher gebeten, ihre Voten, unter Nennung von Vornamen, Namen und Adresse, am Mikrofon zu halten. Um eine störungsfreie Versammlung durchzuführen, seien sämtliche Mobiltelefone auf lautlos zu stellen.

Er übergibt das Wort Landschreiber Marc Sinoli zum Verlesen der Traktandenliste.

Landschreiber Marc Sinoli begrüsst ebenfalls alle Anwesenden und gibt die Traktandenliste bekannt:

1. Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann
2. Wahl der Stimmenzählenden
3. Ausgabenbewilligung von 1.55 Millionen Franken für die Durchführung eines Projektwettbewerbs mit anschliessender Vertiefung zur Umgestaltung des Seeplatzes sowie eines Planerwahlverfahrens (Submission) zur Erlangung eines Bauprojekts für ein Parkhaus mit etwa 250 Parkplätzen am Standort «Dorfhalde»

4. Schlussabrechnung Ausgabenbewilligung Realisierung «Erneuerung Sportanlage Luterbach mit Sport- und Infrastrukturgebäude und Parkier- und Sportanlage inkl. Hochwasserschutz, Küssnacht»
5. Genehmigung Voranschlag 2026
6. Verschiedenes

Zudem erläutert er wie üblich die rechtlichen Rahmenbedingungen der Bezirksgemeinde:

- Es seien wie immer formelle und materielle Anträge zulässig. Diese leiten sich vom Gemeindeorganisationsgesetz ab und sind in der Botschaft ab Seite 56 erklärt. Wie dort aufgeführt, unterliegen die Anträge verschiedenen Einschränkungen, die für jeden Antrag im Einzelfall zu beurteilen sind.

Wichtig für alle Anwesenden im Saal sei:

- Wenn klare Mehrheiten bestehen, werde nicht ausgezählt. In diesem Fall stelle die Leitung (also der Bezirksammann) zuhanden des Protokolls fest, dass eine klare Mehrheit den Antrag angenommen oder abgelehnt habe (§ 30 Abs. 2 GOG).
- Entsprechend werde nur bei unklaren Mehrheiten ausgezählt.
- In diesem Fall werde nochmals abgestimmt und die Stimmzähler eruieren die Stimmenverhältnisse in den ihnen zugewiesenen Sektoren. Die Resultate werden sodann von der Landschreiber-Stellvertreterin zusammengetragen und anschliessend vom Bezirksammann verkündet.
- Enthaltungen seien gemäss dem Gemeindeorganisationsgesetz nicht zu berücksichtigen und werden auch nicht erhoben (§ 30 Abs. 1 GOG).
- Das Traktandum 3 «Ausgabenbewilligung von 1.55 Millionen Franken für die Durchführung eines Projektwettbewerbs mit anschliessender Vertiefung zur Umgestaltung des Seeplatzes sowie eines Planerwahlverfahrens (Submission) zur Erlangung eines Bauprojekts für ein Parkhaus mit etwa 250 Parkplätzen am Standort Dorfhalde» wird heute nur vorbesprochen und – sofern es keine formelle Anträge wie Verschiebung oder Rückweisung gestellt werden – ohne Abstimmung an die Urnenabstimmung vom 8. März 2026 überwiesen. Die übrigen Traktanden werden heute abschliessend behandelt und darüber abgestimmt.
- Materielle Abänderungsanträge sind zulässig, wie zum Beispiel zu einzelnen Budgetposten oder zum Steuerfuss. Sie werden nach der sogenannten **Eventualmethode** behandelt. Diese besagt, dass sich gegenseitig ausschliessende Abänderungsanträge zuerst einander gegenüberzustellen sind. Der obsiegende Abänderungsantrag ist sodann dem bezirksrätlichen Antrag entgegenzustellen (§ 29 Abs. 3 GOG).

Der Landschreiber übergibt das Wort an Bezirksammann Oliver Ebert.

Bezirksammann Oliver Ebert fährt gemäss der Traktandenliste fort.

Click or tap here to enter text.

PRÄ: Bezirksgemeinde vom 09.12.2025, Budget 2026

Wahl der Stimmenzählenden

Geschäfts Nr. 2025-790
Aktenzeichen 010.1 / Bezirksgemeinde, Orientierungsversammlung

Bezirksammann Oliver Ebert erwähnt, dass wir heute zum wahrscheinlich einfachsten Traktandum kommen von heute Abend: Die Wahl der Stimmenzählenden

Als Stimmenzählende werden vorgeschlagen und durch die Versammlung gewählt:

- Damian Mettler Bezirksweibel
- Silvio Beringer Vertretung Die Mitte
- Dario Vötsch Vertretung der FDP.Die Liberalen
- Dominik Stocker Vertretung der GLP
- Matteo Rojas Vertretung der SVP
- Philipp Räber Vertretung der SP und Unabhängige
- Denise Bieri Mitarbeiterin Bezirkskanzlei

Bezirksammann Oliver Ebert hält fest, dass - da heute mehr Personen an der Versammlung sind als bei der Klausengesellschaft - nach der Wahl der Stimmenzählenden nochmals nachgezählt werde. Einfach zur Sicherheit.

Es wird die Wahl der vorgeschlagenen Stimmenzählenden ersucht. Die Wahl erfolgt mit einstimmigem Handmehr.

Der Bezirksammann, der Landschreiber, die Landschreiber-Stv. und die Stimmenzähler bilden das Büro der Bezirksgemeinde. Dieses ist zuständig für die Organisation und die Ermittlung der Abstimmungsergebnisse.

Insgesamt sind gemäss den Stimmenzählenden 332 stimmberechtigte Personen anwesend. Zudem sind vier Medienschaffende (wovon eine Person stimmberechtigt) und total 24 Gäste in der vordersten Reihe anwesend.

[Click or tap here to enter text.](#)

PUV: Umgestaltung Seeplatz und Parkhaus Dorfhalde, 2025, Küssnacht

Umgestaltung Seeplatz und Parkhaus Dorfhalde, 2025, Küssnacht

Geschäfts Nr. 2025-1325
Aktenzeichen 790.5 / Konzepte

Bezirksammann Oliver Ebert leitet das Traktandum 3 ein und erwähnt, dass eine Ausgabenbewilligung von 1.55 Millionen Franken benötigt werde, um ein Projektwettbewerb für die Umgestaltung des Seeplatzes und ein Planerwahlverfahren für das Parkhaus Dorfhalde durchzuführen. Es soll ein Bauprojekt für ein Parkhaus mit rund 250 Parkplätzen am Standort «Dorfhalde» erstellt werden. Er übergibt das Wort an den

Bezirksrätlicher Sprecher: Roman Schlömmer

Der Redner begrüsst die Anwesenden und stellt die Sachvorlage zur Umgestaltung des Seeplatzes und zur Planung eines Parkhauses «Dorfhalde» vor. Die Ausgangslage wird erläutert: Der Seeplatz im historischen Dorfkern wird heute mehrheitlich als Parkplatz genutzt. Es stehen rund 75 öffentliche Parkplätze zur Verfügung. Zusammen mit dem Parkplatz Monséjour umfasse das Angebot etwa 160 Parkplätze im Zentrum.

Im Jahr 2020 wurde ein räumliches Entwicklungskonzept (REK) erarbeitet. Dabei wurde klar, dass von der Bevölkerung ein attraktiver, multifunktionaler Frei- und Begegnungsraum am Seeplatz gewünscht wird. Dieses Ergebnis wurde als wertvoll eingestuft. Entsprechend wird eine klare Aufwertung des Seeplatzes erwartet. Gleichzeitig wird eine Lösung für die Parkplatzsituation im Zentrum benötigt.

Im Jahr 2024 wurde eine Onlinebefragung durchgeführt. 1'500 Personen haben teilgenommen. Das Vorhaben wurde mit 73 % Zustimmung unterstützt.

Ziele der Umgestaltung seien die Entstehung eines hochwertigen Freiraumkonzepts sowie eine hohe Aufenthaltsqualität. Die Versiegelung sei zu reduzieren und eine standortgerechte Bepflanzung sei vorgesehen. Der Hafenbereich soll aufgewertet werden und eine multifunktionale Nutzung soll weiterhin möglich sein. Der konkrete Rahmen sei jedoch noch offen.

Roman Schlömmer erläutert weiter das mögliche Verfahren. Ein anonymer Projektwettbewerb im offenen Verfahren soll durchgeführt werden. Teilnahmeberechtigt sind Planerteams aus Architektur und Landschaftsarchitektur. Eine Wettbewerbsjury aus Fach- und Sachjuroren sowie Experten werden das Verfahren begleiten. Das Siegerprojekt soll der Bevölkerung in einer öffentlichen Ausstellung gezeigt werden.

Rahmenbedingungen für den Wettbewerb sind bereits in Bearbeitung. Viele Bedürfnisse von Nutzenden, Bewohnerinnen und Bewohnern sollen berücksichtigt werden. Fuss- und Veloverkehr seien zu gewährleisten. Zufahrten für Anlieferungen und für Blaulichtorganisationen sollen ebenfalls möglich bleiben. Ein kleines Parkierungsangebot für mobilitätseingeschränkte Personen soll erhalten bleiben.

Der Projektperimeter umfasst den gesamten Seeplatz und die Minigolfanlage. Auch ein angrenzendes Grundstück im Süden, das nicht im Eigentum des Bezirks sei, kann einbezogen werden. Der Übergang zur Quaistrasse gehöre ebenfalls dazu. Die Planungskosten für den Wettbewerb und die Weiterbearbeitung des Siegerprojekts belaufen sich auf 480'000 Franken.

Roman Schlömmer hält zum Parkhaus Dorfhalde fest, dass es sich hier um die Kompensation für die wegfallenden Parkplätze am Seeplatz handle. Die Parkierungssituation im Zentrum könne damit gelöst werden. So wäre eine Entlastung des Hauptplatzes und des Unterdorfs möglich. Verschiedene Standorte wurden geprüft. Der Standort «Dorfhalde» habe durchwegs am besten abgeschnitten, abgesehen jedoch von den Kosten. Der Bezirksrat bevorzuge diesen Standort wegen der Zentrumsnähe und guten Erschliessung. Der Standort «Monséjour» wurde wegen der schlechten Erschliessung und wegen Vorgaben des Gewässerschutzes ausgeschlossen. Der Standort «Räbmatt» bliebe als Rückfallebene bestehen. Das Grundstück gehöre jedoch nicht dem Bezirk. Weitere Verhandlungen mit dem Kanton wären dort notwendig.

Für das Parkhaus sei ein Ingenieur-Submissionsverfahren vorgesehen. Das ausgewählte Büro werde das Vorprojekt und das Bauprojekt erarbeiten.

Roman Schlömmer erläutert die Varianten. Eine Lösung mit 150 Parkplätzen würde Kosten von 17.8 Millionen Franken verursachen. Dies entspräche 119'000 Franken pro Park-

platz. Die Variante mit 250 Parkplätzen würde 23 Millionen Franken kosten. Dies ergäbe 92'000 Franken pro Parkplatz.

Die Verknüpfung der beiden Geschäfte begründet Roman Schlömmer wie folgt: Ein Über- oder Unterangebot an Parkplätzen soll verhindert werden. Beide Projekte sollen gleichzeitig umgesetzt werden. Er weist auf die denkmalpflegerischen Anforderungen hin. Das Gebiet «Dorfhalde» liege im ISOS-Inventar. Vorgaben der Denkmalpflege müssen demnach berücksichtigt werden. Gespräche haben bereits stattgefunden. Eine Bewilligung kann erleichtert werden, wenn der Seeplatz gleichzeitig aufgewertet wird. Dies werde seitens der Denkmalpflege als mögliche Kompensation bewertet.

Roman Schlömmer stellt den Terminplan vor. So werde am 8. März 2026 die Vorlage der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt. Bei einem Ja werde die Ausgabenbewilligung für den Bau im Jahr 2027, spätestens im Jahr 2028, wieder den Stimmberechtigten unterbreitet.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich beim Bezirksrat Roman Schlömmer, gibt nun das Wort frei und eröffnet somit die Diskussion.

Martin Raña, Obergsteigweg 3, Küssnacht: Der Redner hebt die Bedeutung eines autofreien Seeplatzes und eines zentrumsnahen Parkhauses als Ersatz für die 75 heutigen Parkplätze hervor. Die schnelle Realisierung eines autofreien Seeplatzes sei wichtig. Er betont, dass damit ein weiterer Schritt zu einem attraktiven und lebenswerten Zentrum erreicht werde. Der Seeplatz soll künftig von vielen Einwohnerinnen und Einwohnern sowie von Besuchenden genutzt und genossen werden. Eine ansprechende Gestaltung werde erwartet. Er bedauert, dass dieser Zustand nicht schon früher geschaffen wurde.

Marin Raña stellt fest, dass im Unterdorf weiterhin Restverkehr und einzelne Parkfelder bestehen bleiben sollen. Die Anzahl dieser Parkfelder sei noch offen.

Zum Parkhaus habe er noch offene Fragen. Die geplante Grösse von 250 Parkplätzen werde seitens der SP kritisch beurteilt, da nur 75 Parkplätze ersetzt werden müssten. An vielen Tagen gäbe es somit freie Kapazitäten. Gemäss einer Bedürfnisabklärung des Bezirksrats würden 130 Plätze ausreichen. Unklar sei, ob bereits Vereinbarungen mit Nachbarn oder mit zukünftigen Projekten bestehen, die Parkplätze erwerben oder mieten könnten. Die SP ist der Auffassung, dass eine Reduktion der Anzahl Parkplätze durchaus möglich sei.

Weiter wird der Wunsch geäussert, Angaben zu den Betriebs- und Unterhaltskosten zu erhalten. Ein Vergleich mit der alternativen Variante des Bezirksrats werde ebenfalls erwartet.

Martin Raña hält fest, dass die Transparenz gegenüber der Bevölkerung in mehreren Punkten verbessert werden sollte. Spätestens im Rahmen der zweiten Volksabstimmung zum Baukredit werden klare Antworten als notwendig erachtet.

Ob die Parkhausgrösse beim Volk Zustimmung fände, werde bezweifelt. Für den Fall einer Annahme werde der Bezirksrat in der Pflicht stehen, die künftige Auslastung sicherzustellen. Dazu werde eine Reduktion weiterer öffentlicher Parkplätze im Zentrum als notwendig bezeichnet. Ein wirksames Parkleitsystem soll als zwingend betrachtet werden.

Martin Raña kritisiert, dass heute viele Autofahrende mehrfach durchs Zentrum fahren, um vermeintlich bessere Parkplätze zu finden. Dieser Verkehr werde im künftig beruhigten Zentrum sicher als störend beurteilt. Der untere Teil der Grepperstrasse habe somit mit zusätzlichem Verkehr zu rechnen. Anscheinend habe der Bezirk genug Geld zur Verfügung, um für ein bisschen Beton 23 Millionen Franken zu investieren, was folglich nur zu zusätzlichen Kunden- und Touristenparkplätzen führen werde. Er fragt nach, ob der Bezirk genügend finanziel-

len Spielraum habe, um für weitere Investitionen in Sport, Kultur, Freizeit und Bildung zu investieren. Zu diesem Thema werde eine spätere Stellungnahme folgen.

Auf die Nachfrage von **Bezirksammann Oliver Ebert** hält Martin Raña fest, dass es sich um eine Wortmeldung ohne Antrag handelt.

Silvio Beringer, Breitfeld 15, Küssnacht, meldet sich im Namen der Ortspartei Die Mitte zu Wort. Der Seeplatz soll endlich einen konkreten Schritt weitergebracht werden. Die Aufwertung der Seeanlage wurde bereits vor längerer Zeit mittels einer Petition gefordert. Für die rund 75 Parkplätze am Seeplatz benötigt es aus Sicht der Partei ein vergleichbarer Ersatz. Die geplante Grösse des Parkhauses Dorfhalde mit 250 Plätzen werde jedoch als klar überdimensioniert bewertet. Er weist darauf hin, dass dadurch unnötige Kosten zulasten der Steuerzahlenden entstehen werden. Es darf davon ausgegangen werden, dass ein grosser Teil des Parkhauses ungenutzt bliebe.

Ein Parkhaus mit rund 150 Plätzen wäre völlig ausreichend. Der Vorstand Der Mitte fordere daher, dass kleinere und kostengünstigere Varianten vertieft geprüft werden. Als Beispiel wird die Räbmatt genannt.

Der Blick in die Investitionsrechnung zeige, dass die Bezirksfinanzen aufgrund der Steuersenkungen der letzten Jahre sorgfältig behandelt werden müssen. Die vorhandenen Mittel werden für wichtige Grossprojekte benötigt, darunter Schulraum, Turnhallen, die Zentrumsgestaltung und das Pflegezentrum Seematt.

Silvio Beringer vertritt die Auffassung, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger angesichts einer Investition von über 20 Millionen Franken eine faire Auswahl erhalten müssen. Aus diesem Grund werde in den kommenden Wochen die Lancierung einer Pluralinitiative geprüft. Damit soll der Bevölkerung die Entscheidung über die beste Variante ermöglicht werden.

Auf die Nachfrage von **Bezirksammann Oliver Ebert**, hält Silvio Beringer fest, dass es sich um eine Wortmeldung ohne Antrag handelt.

Reto Blickisdorf, Seebodenweg 3, Küssnacht, sagt, dass er das Parkhaus als zu gross beurteilt. Bei 250 Parkplätzen entstünden sehr hohe Kosten. Der Preis pro Parkplatz läge deutlich über dem Betrag, der in der privaten Immobilienwirtschaft üblich sei, um ein Objekt rentabel zu betreiben oder zu veräussern. Für eine Vermietung wären monatliche Einnahmen von 400 bis 500 Franken notwendig.

Reto Blickisdorf hebt dieses finanzielle Risiko hervor und ergänzt, dass das Projekt weitere Risiken enthält. Diese müssten gelöst werden, bevor ein Wettbewerb für den Seeplatz gestartet werde. Sollte das Parkhaus im ISOS-Gebiet nicht bewilligt werden können, wären die Kosten für den Wettbewerb zum Seeplatz verloren. Die Zufahrt müsse zudem mit der Nachbarschaft verbindlich geregelt und grundbuchlich gesichert werden.

Weiter wird auf Themen im Bereich Dorfhalde hingewiesen. Die 120-jährige Linde wäre betroffen. Auch die Bäume beim Areal Rosengarten wären gefährdet, wenn ein drei- bis viergeschossiges Untergeschoss erstellt würde. Während der Bauzeit ginge beim Schulhaus Dorfhalde für zwei bis zweieinhalb Jahre rund ein Drittel des Pausenraums verloren. Auch dieses Problem müsste vor dem Start eines Wettbewerbs geklärt werden.

Aus diesen Gründen beantrage er, das Projekt Parkhaus Räbmatt gleichwertig oder zumindest im Vorprojekt mitzuberücksichtigen. Damit bliebe eine Handlungsmöglichkeit bestehen, falls das Projekt Dorfhalde nicht realisiert werden kann.

Bezirksammann Olivert Ebert bedankt sich. Er weist darauf hin, dass am Schluss auf die formellen und materiellen Anträge eingegangen werden. Er gibt das Wort weiterhin frei.

Josef Heinzer, Schilfweg 9, Merlischachen, erklärt, er habe sich auch Gedanken zum Parkhaus gemacht und nimmt auch kurz Bezug auf die Vorredner. Er hält fest, dass das vom Bezirksrat vorgeschlagene öffentliche Planungsverfahren der richtige Ansatz sei. Durch ein öffentliches Verfahren könne später ein passendes Projekt ausgewählt werden.

Der Standort Dorfhalde – wie bereits von mehreren Seiten erwähnt – beurteilt auch er als optimal. Auch die Erschliessung und die Zufahrt über die Grepperstrasse bewertet als geeignet. Jedoch betrachtet er die Bauweise – der Bezirksrat und die Initianten schlagen ein vollständig unterirdisches Parkhaus vor – als kritisch.

Josef Heinzer stellt fest, dass niemand vorschreibt, das gesamte Parkhaus unterirdisch zu erstellen. Eine alternative Lösung sei ein unterirdisches Geschoss und weitere oberirdische Geschosse beim Standort Dorfhalde. Die Erschliessung würde dann ab der Grepperstrasse über zwei Geschosse im Erdreich auf das erste Untergeschoss erfolgen. Hierzu nennt er mehrere Vorteile: keine grosse Baugrube, nur ein Untergeschoss, ein deutlich kleinerer Projektperimeter, einfachere Projektierung, tiefere Planungs- und Baukosten, geringerer Unterhalt, keine Lüftungs- oder Abdichtungsprobleme und tiefere Energiekosten.

Als möglicher Nachteil erwähnt er, dass ein Hochbau optisch störend wirken könnte. Er weist jedoch auf eine Fassadengestaltung hin, die als Lichtinstallation genutzt werden könnte. Beispielsweise in den Farben der Jahreszeiten. Dies könne aus touristischer Sicht als attraktiv betrachtet werden.

Josef Heinzer nennt weitere Synergien. So können auf dem Flachdach eine Sportanlage erstellt werden, nutzbar für Schule, Vereine und Öffentlichkeit. Ein Solardach könne zusätzlichen Nutzen schaffen und den Anforderungen einer Energiestadt entsprechen. Als Beispiel wird auf die Green City in Zürich verwiesen, wo ein ähnliches Konzept umgesetzt wurde.

Weitere Synergien ergeben sich durch das geplante Projekt auf dem Nachbargrundstück „Adlergarten“ mit einer grossen unterirdischen Autoeinstellhalle. Die Parkplätze dort könne man in ein gemeinsames Parkhaus integrieren. Dies würde grosse Kosteneinsparungen ermöglichen und günstigeren Wohnraum schaffen. Auch hier wird auf die Green City in Zürich verwiesen.

Josef Heinzer fasst die genannten Vorteile nochmals zusammen und bedauert, dass der Bezirksrat und die Kommission die vorgeschlagenen Ideen nicht mehr weiterverfolgen können und erinnert so an das Versprechen eines offenen Verfahrens. Ein offenes Verfahren erfordere, den Planern genügend Spielraum zu lassen. Ein ausschliesslich unterirdisches Parkhaus sei in diesem Zusammenhang als Fehler zu bezeichnen.

Er wünsche sich zum Schluss, eine erfolgreiche Umsetzung eines solches Parkhausprojekts.

Samuel Lütolf, Zwimattstrasse 16, Küssnacht, nimmt vorweg, dass er grosse Freude über die heutige Diskussion habe. Das Projekt wurde vor fast drei Jahren vom Komitee Parkhaus Dorfhalde gestartet. Erste Überlegungen und Gespräche seien mit umliegenden Grundeigentümern geführt worden.

Der Standort sei vorteilhaft. Auch bei einem gesperrten Dorfplatz sei das Parkhaus erreichbar, unter anderem über die Südumfahrung. Der Standort liege in einer öffentlichen Zone, weshalb keine Zonenplanrevision notwendig sei. Dies sei ein Vorteil, auch mit Verweis auf Erfahrungen aus früheren Planungsverfahren. Desweitem gehöre das Land mehrheitlich dem Bezirk.

Samuel Lütolf erwähnt, dass im Gebiet Dorfhalde mit den betroffenen Grundeigentümern bereits sehr konstruktive Gespräche geführt wurden. Diese Gesprächsbereitschaft sei positiv hervorzuheben. Die Anliegen beider Seiten wurden in einer Absichtserklärung festgehalten.

Das Thema Parkieren in Küssnacht sei seit vielen Jahren präsent. Ein Ort, der leben will, müsse zugänglich sein. Eine funktionierende Gastronomie und ein attraktives Ladenangebot würden von der Erreichbarkeit profitieren und davon würde schliesslich auch die lokale Bevölkerung profitieren.

Die Idee hinter dem Parkhaus stelle ein Beitrag zu einem attraktiven Zentrum dar.

Samuel Lütolf hebt die Bedeutung langfristiger Überlegungen hervor. Ein unterirdisches Parkhaus verursache keinen Landverbrauch und damit lasse man zukünftige Nutzungen offen. Zum Beispiel Flächen für mögliche Schulhäuser oder Grünräume blieben erhalten. Deshalb sei der Standort Rämatt als weniger geeignet zu bewerten. Das Grundstück gehöre zudem dem Kanton. Für das Land müsste der Verkehrswert bezahlt werden und der Kanton werde das Land nicht zu günstigeren Konditionen verkaufen. Zudem ist bekannt, dass die Bodenpreise in Küssnacht hoch sind.

Die Projektidee wurde dem Bezirk präsentiert und umfassend geprüft. Bodenproben, Zufahrten und Sichtweiten wurden abgeklärt. Gespräche mit Grundeigentümern geführt und bis jetzt seien alle Abklärungen positiv ausgefallen.

Samuel Lütolf sagt, der Planungskredit sei eine Chance, die weitere Planung voranzutreiben. Er weist darauf hin, dass beim Standort Rämatt zwar tiefere Baukosten berechnet wurden, jedoch die Kosten für den Landerwerb dabei nicht berücksichtigt seien. Für ein Parkhaus benötige es rund 3'000 bis 3'900 m², was zu erheblichen zusätzlichen Kosten führen werde. Die Lage, die Erschliessung und die Gehwegdistanz sind im Vergleich als Vorteile des Standortes Dorfhalde zu nennen.

Samuel Lütolf geht sodann auf die Anzahl der Parkplätze ein. Gemäss Projektstudie seien die zusätzlichen 100 Parkplätze im Vergleich zur Basisvariante deutlich günstiger. Die Einfahrt müsste nicht vergrössert werden. Insgesamt kosten die zusätzlichen Parkplätze etwa fünf Millionen Franken, das entsprächen rund 50'000 Franken pro Platz. Dies sei wirtschaftlich.

Über gewisse Punkte sei man im Komitee unterschiedlicher Meinung. Die Verknüpfung der Vorlagen Seeplatz und Parkhaus zum Beispiel werde als fragwürdig bezeichnet. Es sei falsch und es verletze die Einheit der Materie. Jedoch sei dies im Sinne des Gesamtprojekts zu akzeptieren. Man müsse jetzt gemeinsam in die Zukunft schauen.

Samuel Lütolf betont, dass die konkreten Planungen zum Seeplatz noch offen und weitere Abklärungen notwendig und sinnvoll seien. Man wisse ja noch nicht was konkret verändert wird. Jedoch im Sinne eines konzeptionellen Ansatzes könne er das Zusammenhängen beider Vorlagen ein bisschen verstehen.

Wichtig sei zu erwähnen, dass die Parkplätze am Seeplatz erst aufgehoben werden dürfen, wenn das Parkhaus erstellt sei. Gewerbe und Gastronomie sind auf funktionierende Parkierungsangebote angewiesen.

Samuel Lütolf fordert ein schnelleren Planungsablauf. Eine unterirdische Bauweise könne effizienter geplant werden. Er wünsche sich ein zügiges Vorantreiben des Projekts. Sämtliche anderen Anträge seien abzulehnen. Ein Ja an der Urne im März sei ein notwendiger Schritt um Küssnacht vorwärtszubringen.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich bei Samuel Lütolf für sein «bisschen Verständnis» und für die engagierte Rede.

Ruedi Räber, Unterdorf 10, Küssnacht sagt, er stimme in vielen Punkten mit den Ausführungen von Samuel Lütolf überein. Besonders hervorheben würde er den Punkt, dass ein Parkhaus beziehungsweise genügend Parkplätze für Kundinnen und Kunden der Geschäfte benötigt werden. Das Gewerbe und für Dienstleister brauche es zentrale Parkierungsangebote.

Die Betrachtung der aktuellen Situation auf dem Monséjour und auf dem Seeplatz weise auf die Bedeutung einer Bedarfsanalyse hin. Eine solche Analyse werde normalerweise zu Beginn eines Projekts erstellt. Er habe nun festgestellt, dass dazu bisher keine Angaben gemacht wurden.

Ruedi Räber merkt an, dass ein grosser Teil der heutigen Parkplätze von Personen mit Dauerparkbewilligungen genutzt werde. Er richtet an den Bezirksamrat die Frage, wie viele Dauerparkkarten im Bezirk Küssnacht ausgestellt sind.

Bezirksammann Oliver Ebert erklärt, dass er anschliessend der Voten gerne die Frage beantworten werde.

Die Rede von Ruedi Räber wird weitergeführt. Er ginge davon aus, dass es rund 120 Dauerparkierende seien. Diese Personen nehmen den Kundinnen und Kunden der Geschäfte Parkplätze weg. Und das sollte so nicht sein. Daraus leite er ab, dass das Parkhaus vor allem für die Personen benötigt werde, die heute diese Parkplätze blockieren.

Auf die Standortfrage stelle er sich die Frage, welche Wegdistanz den Inhaberinnen und Inhabern von Parkkarten zugemutet werden könne. Diese Personen sind Verwaltungsangestellte, Lehrpersonen und Mitarbeitende verschiedener Betriebe. Für sie habe er eine zumutbare Distanz zwischen Parkplatz und Arbeitsplatz geprüft:

Der Weg von der Rämatt bis zur Bäckerei Vogel habe er zu Fuss getestet. Dafür werde 8 ½ Minuten benötigt. Damit bleibt die Distanz unter zehn Minuten. Der Weg vom Standort Dorfhalde bis zur Bäckerei Vogel betrugen sieben Minuten. Der Unterschied betrage somit etwas mehr als eine Minute. Die Distanz vom Dorfhalde bis ins Seematt 2 seien 1½ Minuten länger als die von der Rämatt. Insgesamt ergäbe sich dort eine Wegzeit von fünf Minuten. Er stelle fest, dass die Lage des Standorts Dorfhalde im Vergleich zum Standort Rämatt nicht wesentlich besser sei. Aufgrund der minimalen Wegzeitunterschiede sei bei der Beurteilung des Standorts eine neutrale Beurteilung angebracht. Er bezeichne beide Standorte als gleichwertig

Ruedi Räber nimmt Bezug - in Sache Baulandverfügbarkeit - auf die bereits erwähnte Antwort des Kantons. Ein Landpreis von rund 2'000 Franken pro Quadratmeter wurde als Richtwert genannt. Die Fläche der Rämatt werde auf rund 5'000 Quadratmeter geschätzt. Ein ähnliches Projekt mit 166 Parkplätzen auf derselben Fläche sei bereits realisiert worden: Das Parkhaus Luterbach. Er schätze mit sieben Millionen Franken Baukosten. Das sei plausibel. Für den Landerwerb werden weitere zehn Millionen Franken anfallen. Daraus ergäbe sich ein Gesamtaufwand von rund 17 Millionen Franken. Er vermute, dass der Bezirk das Land vom Kanton möglicherweise günstiger zurückkaufen könne.

Zur gewünschten Entlastung des Zentrums stelle er sich die Frage, ob Autofahrende tatsächlich über die Südumfahrung zum Werkhof fahren werden, wenn sie vorher zum Beispiel noch eine Besorgung im Dorf machen. In Bezug auf die Erschliessung bewerte er deshalb den Standort Dorfhalde als eher schlechter.

Bei der Räbmatt bestünde dann eine direkte und gute Anbindung an die Südumfahrung.

Zum Schluss werden die Argumente nochmals zusammengefasst. Es wird ein Rückweisungsantrag gestellt. Dieser Antrag enthält die Forderung, ein Parkhaus mit rund 150 Parkplätzen in der Räbmatt zu planen.

Bezirksammann Oliver Ebert fragt nach weiteren Wortmeldungen.

Mathias Bachmann, Husmattweg 31, Merlischachen, Ortsparteipräsident von Der Mitte, sagt, dass ihm ein Punkt besonders aufgefallen sei. Die Zahl von 250 Parkplätzen. Es wurde bis jetzt keine Erklärung abgegeben, weshalb genau 250 Parkplätze für den Bezirk angemessen seien. Die Zahl werde vor allem mit Kostenvorteilen begründet.

An der Parteiversammlung seien diesbezüglich Fragen aufgekommen. Der Standort Dorfhalde werde zwar als zentral anerkannt. Er frage sich jedoch, ob die Räbmatt nicht ebenfalls eine gute Lösung darstelle. Er verweist auf die Praxis anderer Gemeinden. Zum Beispiel die Gemeinde Arth. Dort wurde ein Planungskredit für 170 Parkplätze gutgeheissen. Es werden 110 Parkplätze ersetzt und total 178 neue erstellt. Wichtig sei zu wissen, dass Arth keinen Coop habe, wie Küsnacht mit 120 überirdisch Parkplätze und rund 80 Parkplätzen beim Monséjour. Zudem sei zu beachten, dass zusätzlich in den Tiefgaragen von Migros und Coop weitere Parkplätze bestehen. Er stelle fest, dass daher kein zusätzlicher Bedarf für 250 Parkplätze bestehe.

Mathias Bachmann erwähnt weiter, es gehe jetzt um den Planungskredit von über einer Million Franken. Was seiner Meinung nach sehr hoch sei. Der Bezirksrat selbst habe einen Bedarf von rund 130 Parkplätzen ermittelt. Bei einer Aufhebung von 70 Parkplätzen sei ein Bedarf in dieser Grössenordnung nachvollziehbar. Der Bedarf könne visionär betrachtet auch 150 Parkplätze sein. Die Zahl von 250 Parkplätzen werde jedoch klar infrage gestellt. Um die Parkplätze kostendeckend zu vermieten, müssten Mietpreise von eher 300 Franken pro Monat verlangt werden. Die vorhandene Parkkarte kostet derzeit 50 Franken pro Monat.

Mathias Bachmann sagt, dass häufig auf private Investoren verwiesen werde. Er frage sich jedoch, wer tatsächlich bereit sei, für 90'000 Franken einen Parkplatz zu kaufen. Konkrete Interessenten seien nicht bekannt. Er erinnere sich an frühere Diskussionen, bei denen 75'000 Franken für einen Parkplatz als zu teuer bezeichnet wurden. Heute seien deutlich höhere Kosten vorgesehen.

Es sei klar, dass der Kanton das Land in der Räbmatt nicht verschenken werde, jedoch ein fairer Preis sei bestimmt möglich. Er bezeichne die Räbmatt als mögliche Alternative, zumal dort der Kanton Verhandlungspartner wäre. Die Zusammenarbeit mit privaten Grundeigentümern beim Standort Dorfhalde sei nicht zwingend einfacher. Abmachungen seien noch nicht bekannt. Die von der SP geäusserte politische Forderung, dass bei einem Bau mit 250 Parkplätzen weitere Parkplätze aufgehoben werden sollten, sei unrealistisch. Seitens des Bezirks wurde klar kommuniziert, dass die Parkplätze beim Monséjour weiterhin bestehen sollen.

Mathias Bachmann hält zum Schluss fest, dass es unbedingt eine Alternative zum Dorfhalde brauche. Er warnt davon, sich einseitig auf die Dorfhalde zu fokussieren. Er erinnere sich noch gut an die Abstimmung, bei der ein Parkhaus für 75'000 Franken pro Parkplatz abgelehnt wurde. Heute würden deutlich teurere Parkplätze geplant, von denen viele voraussichtlich leer stünden und subventioniert werden müssten.

Dass der Seeplatz umgestaltet werde, fände er sehr gut. Deshalb startet die Mitte Partei eine Pluralinitiative. Dort ergäbe sich dann die Möglichkeit, eine Planung auch für die Räbmatt einzufordern. Dadurch könne der Bevölkerung ein Vergleich beider Varianten ermöglicht werden. Die finanziellen Risiken seien bei der Räbmatt geringer. Die Entscheidung könne dann der Be-

völkerung überlassen werden. Er ruft dazu auf, die Pluralinitiative zu unterstützen, um eine demokratische Auswahl zwischen mehreren Varianten zu ermöglichen.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich für diese Wortmeldung.

Robert Betschart, Giessenweg 3a, Küssnacht erwähnt, dass er die Umgestaltung des Seeplatzes zu einem autofreien Bereich als sehr gut bewerte. Der Standort Dorfhalde für ein Parkhaus bezeichne er ebenfalls als ideal und unterstützungswürdig.

Zur Frage der Anzahl Parkplätze – 150 oder 250 – halte er folgendes fest: Es wurde gesagt, dass Parkplätze beim Coop und bei der Migros vorhanden seien. Man müsse jedoch klarstellen, dass diese Parkplätze privat seien. Sie stehen dem Bezirk nicht zur Verfügung. Eine Nutzung sei nur aus Goodwill und in Ausnahmefällen möglich, etwa am Klaustag. Diese Parkplätze gehören nicht dem Bezirk Küssnacht.

Robert Betschart sagt weiter, dass mit 250 Parkplätzen in der Dorfhalde zusätzliche Möglichkeiten entstünden. So könnte beim Monséjour eine Neuordnung vorgenommen werden. Auch bei der Zentrumsgestaltung könnten weitere Parkplätze im Dorf aufgehoben werden. Sicher werde das Argument, die Bevölkerung wolle keine Parkplätze aufheben, nicht in jedem Fall zutreffen. Als Beispiel wird die Chaspersmatte genannt, dort wurden ebenfalls Parkfelder beim Schulhausprovisorium ohne Befragung entfernt. Dies sei aber nur eine kurze Randbemerkung.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich für die Wortmeldung und die Randbemerkung.

Mänz Camenzind, Lärchenweg 10, Küssnacht meint, dass sich in Küssnacht immer das gleiche Muster zeigt. Es werde geplant, geplant, weiter geplant – und Jahre später werde bedauert, dass gewisse Entscheide nicht früher gefällt worden seien. Und so werde es wieder kommen. Er spricht ein Appell aus, endlich visionär zu handeln. Nachbargemeinden haben solche Entwicklungen erreicht, während dies in Küssnacht nicht gelinge. Er bedaure das besonders. Politische Parteien arbeiten gegeneinander. Es gäbe genügend Beispiele: Das Monséjour. Auch dort wäre ein anderes Konzept vorgesehen gewesen, welches dann verhindert wurde und heute werde klar erkannt, dass eine andere Lösung sinnvoller gewesen wäre. Auch dort seien Parkplätze geplant gewesen. Als weiteres Beispiel wird die Südumfahrung erwähnt. Diese sei vor über 50 Jahre geplant worden. Erst heute liege ein Ergebnis vor. Auch hier werde rückblickend häufig gesagt, man hätte früher zustimmen sollen.

Mänz Camenzind betont, dass die Politik versagt hat. Er erwähnt hier das Beispiel Werkhof. Die grosse verbaute Fläche ohne Unterkellerung, dass sei ein Fehler. Es fehle an zusätzlichen Räumen für Vereine und am Geld könne es beim besten Willen nicht liegen.

Mänz Camenzind spricht erneut ein Appell aus, visionär zu handeln und mehr für gute Projekte zu investieren. Der Verkehr werde zunehmen. Über die genaue Zahl der Parkplätze – 150 oder 250 – könne diskutiert werden. Ein unterirdisches Parkhaus sei jedoch die beste Lösung für das Dorf. Eine unterirdische Bauweise bezeichne er als unproblematisch für das Ortsbild. Er appelliert ans Volk; seid endlich Visionär für Küssnacht.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich bei Mänz Camenzind und gibt das Wort weiter.

Markus Sidler, Ländlihöhe 18, Küssnacht hält fest, dass er den vorangehenden Worten zustimme. Er spräche ebenfalls ein Appell für ein Ja zum Parkhaus aus. Zwei junge Küssnachter

haben eine Initiative ergriffen. Er sei nicht immer gleicher Meinung wie Samuel Lütolf, aber da habe er jetzt mal etwas ganz Gutes hingekriegt.

Markus Sidler ergänzt noch zur Anfrage von Ruedi Räber, dass rund 260 Dauerparkkarten bestehen. Dies bedeute, dass etwa 260 Fahrzeuge im Bezirk irgendwo verteilt parkiert sind. Rund 140 dieser Parkkarten werden von Angestellten des Bezirks genutzt. Diese Plätze werden überwiegend tagsüber belegt, also zu Zeiten, in denen auch Einkaufsgäste Parkplätze benötigen. Etwa 120 Parkkarten entfallen auf Anwohnende in der Nähe des Hauptplatzes.

Markus Sidler weist weiter darauf hin, dass sich im Umkreis von 80 bis 100 Metern um den Hauptplatz zahlreiche Liegenschaften befinden, die keine oder nur sehr wenige eigene Parkplätze aufweisen. Es wird die Überzeugung geäußert, dass viele dieser Personen einen Platz mieten würden, wenn ein Parkhaus in unmittelbarer Nähe verfügbar wäre.

Zum Schluss bekräftigt er die Unterstützung für das Parkhaus Dorfhalde.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich bei Markus Sidler und erkundet sich nach weiteren Wortmeldungen, welche ausbleiben. Abschliessend berichtet er noch eine Aussage von Ruedi Räber, wonach das Land in der Rämatt nicht vom Bezirk, sondern von der Vanoli AG an den Kanton verkauft wurde.

Oliver Ebert stellt fest, dass ein materieller und ein formeller Antrag vorläge. Er übergibt das Wort an den Landschreiber.

Landschreiber Marc Sinoli erklärt, dass zwei Anträge vorliegen. Ein materieller Antrag von Peter Blickisdorf von Küssnacht. Dieser wird wie folgt zusammengefasst; es sei die Vorlage Parkhaus Rämatt und Parkhaus Dorfhalde gegenüberzustellen und das in den Planungskrediten einzubinden.

Marc Sinoli weist auf ein juristisches Problem im Zusammenhang mit dem Antrag hin. Es werden zwei Projekte miteinander vermischt. Die Grundlage sei die Botschaft. Auf dem Stimmzettel dürfe nur eine Vorlage für ein einzelnes Projekt erscheinen. Eine Stellungnahme ist nur mit Ja oder Nein zu einem Projekt möglich. Bei Nichtunterstützung des vorgeschlagenen Standpunkts des Bezirks kann nur ein Nein in die Urne gelegt werden. Dadurch würde der Weg für ein zweites Projekt an einem anderen Standort erneut geöffnet. Als Begründung wird erwähnt, dass das Parkhaus Rämatt nie denselben Planungsstand und keine vergleichbaren Vorarbeiten wie das Parkhaus Dorfhalde erreicht habe.

Marc Sinoli ergänzt, dass es in jedem Fall eine zweite Abstimmung für das Projekt gäbe. Nach dem Planungskredit komme selbstverständlich noch der sogenannte Baukredit. Deshalb sei er der Meinung, dass ein solcher Antrag unzulässig wäre.

Samuel Lütolf erhebt das Wort und stellt fest, dass soeben sämtliche Argumente genannt wurden, weshalb eine solche Vorlage eben nicht verknüpft werden dürfte. Und die vorliegende Vorlage wurde jedoch verknüpft. Anbetracht des Risikos, dass jemand Beschwerde einreichen könnte, wenn jetzt dieser Antrag nicht zugelassen werde, deshalb solle doch bitte über diesen Antrag abgestimmt werden.

Landschreiber Marc Sinoli bedankt sich für das Zwischenvotum von Samuel Lütolf und ergänzt, dass noch ein zweiter Antrag vorliege. Dieser sei ein formeller Antrag, und zwar ein sogenannter Rückweisungsantrag. Der Vorschlag von Ruedi Räber lautete: Anstelle vom Standort Dorfhalde soll in der Rämatt ein Parkhaus mit rund 150 Parkplätzen geplant werden.

Dieser Antrag ist heute der Bezirksgemeinde zu unterbreiten. Da ein formeller Antrag zwingend vor einem materiellen Antrag zu entscheiden ist, gilt es darüber zuerst zu entscheiden. Sollte dieser angenommen werden, würde sich auch die Behandlung des materiellen Antrags erübrigen.

Bezirksammann Oliver Ebert übernimmt das Wort und erklärt, dass es richtig sei, dass vorliegend zwei Projekte verknüpft wurden. Jedoch sei eine getrennte Zustimmung oder Ablehnung nicht möglich. Es kann nur zu beiden Projekten gemeinsam Ja oder Nein gesagt werden. Auf diesen Umstand wurde bereits durch den Landschreiber hingewiesen.

Bezirksammann Oliver Ebert nimmt die Abstimmung vor.

Abstimmung

Die Versammlung lehnt mit Handerheben den Rückweisungsantrag von Rudi Räber grossmehrheitlich ab.

Oliver Ebert sagt, dass er gleicher Meinung wie Landschreiber Marc Sinoli sei und der materielle Antrag eigentlich nicht zulässig sein dürfte. Angesichts dessen, dass eine Stimmrechtsbeschwerde eingereicht werden könne, schlage er trotzdem vor, über den Antrag doch abzustimmen.

Bezirksammann Oliver Ebert nimmt die Abstimmung vor.

Abstimmung

Die Versammlung lehnt grossmehrheitlich mit Handerheben den Antrag von Reto Bliksdorf ab.

Der Landschreiber Marc Sinoli verliest den Antrag.

Der Bezirksgemeinde wird beantragt:

1. Gewährung einer Ausgabenbewilligung von 1.55 Millionen Franken für die Durchführung eines Projektwettbewerbs mit anschliessender Vertiefung zur Umgestaltung des Seeplatzes sowie die Durchführung eines Planerwahlverfahrens zur Erlangung eines Bauprojekts für ein Parkhaus mit zirka 250 Parkplätzen am Standort "Dorfhalde».
2. Der Bezirksrat ist mit dem Vollzug zu beauftragen.

Das Geschäft wird an die Urnenabstimmung vom 8. März 2026 überwiesen.

Click or tap here to enter text.

Vision 21

Schlussabrechnung Ausgabenbewilligung Realisierung Erneuerung Sportanlage Luterbach "Vision 21"

Geschäfts Nr. 2017-6536
Aktenzeichen /

Bezirksrätlicher Sprecher: René Hunziker

Es resultiert einen Kostenüberschuss von 834'000 Franken. In der Gesamtkostenzusammenstellung sei ersichtlich, wie sich dieser Betrag zusammensetzt.

René Hunziker weist auf einen aussergewöhnlichen Punkt hin. Nämlich eine Rückforderung der Mehrwertsteuer. Investitionen der öffentlichen Hand für gebührenpflichtige Parkierungen seien mehrwertsteuerpflichtig. Die dafür notwendigen Investitionen werden jedoch von der Mehrwertsteuer befreit und entsprechend zurückvergütet.

Der Mehraufwand setzt sich wie folgt zusammen:

Mehrkosten gegenüber Kostenvoranschlag:	Fr.	365'667.55
Bestellungsänderungen:	Fr.	257'352.55
Teuerung (Corona), Unvorhergesehenes:	Fr.	211'451.95
Total Mehraufwand:	Fr.	834'472.05

René Hunziker führt weiter aus, dass die Mehrkosten unter anderem durch eine Einsprache verursacht wurden. Die dadurch entstandene Verzögerung führte dazu, dass sich der Baubeginn um mehr als sechs Monate verschob. In dieser Zeit trat eine schwierige Phase mit Corona und Bauteuerungen ein. Zusätzlich wurden Bestellungsänderungen vorgenommen. In der Detailplanung wurde in der Baukommission festgestellt, dass der Wärmeenergiebedarf der Sportanlage hauptsächlich im Sommer anfällt. Es wurde erkannt, dass der Standort geothermisch einer der Besten im Bezirk sei. Die Kombination mit einer PV-Anlage führte zwar zu höheren Bestellkosten von 257'000 Franken. Diese Investition könne jedoch innerhalb weniger Jahre amortisiert werden. Der Hauptenergiebedarf der Sportanlage betreffe das Dusch- und Brauchwasser, das nun über die PV-Anlage und die Erdsonde sehr günstig aufgeheizt werden kann.

Beim Blick auf den Zeithorizont von Oktober 2021 bis Oktober 2024 muss auch der Baukostenindex berücksichtigt werden. Dieser liege bei über 10 Prozent. Diese Teuerung wurde insbesondere durch Corona und die weltwirtschaftliche Lage verursacht. Zudem wurde berücksichtigt, dass im Kostenüberschuss von 800'000 Franken bereits +/- 5 % Einsparungen für die Steuerzahlenden enthalten sind. Dadurch kann festgehalten werden, dass vom gesamten Team ein hervorragender Job geleistet wurde.

René Hunziker spricht allen Projektbeteiligten ein herzliches Dankeschön aus, insbesondere allen engagierten Personen aus der Bevölkerung, die dieses visionäre Projekt kostenbewusst umgesetzt haben.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich für die Ausführungen und stellt fest, dass das Wort nicht verlangt wird.

Landschreiber Marc Sinoli verliest den Antrag:

Der Bezirksgemeinde wird beantragt:

Genehmigung der vorliegenden Abrechnung über die Ausgabenbewilligung Realisierung «Erneuerungen Sportanlage Luterbach mit Sport- und Infrastrukturgebäude und Parkier- und Sportanlage inkl. Hochwasserschutz, Küssnacht» mit einem Mehraufwand von 834'472.05 Franken.

Der Bezirksammann Oliver Ebert erläutert, dass gemäss dem Finanzhaushaltsgesetz über die Bezirke und Gemeinden (FHG-BG; SRSZ 153.100) die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Bezirksgemeinde über die vorliegende Abrechnung zu befinden haben (vgl. § 22 Abs. 2 und § 48 Abs. 2 Bst. C FHG-BG). Das Geschäft wird folglich nicht an die Urne überwiesen. Er nimmt die Abstimmung vor.

Abstimmung

Die Versammlung genehmigt grossmehrheitlich durch Handerheben die Schlussabrechnung über die Ausgabenbewilligung für die Realisierung Erneuerungen Sportanlage Luterbach mit Sport- und Infrastrukturgebäude und Parkier- und Sportanlage inkl. Hochwasserschutz, Küssnacht mit einem Mehraufwand von 834'472.05 Franken.

FI/ICT: Budget 2026 Finanzplan 2027 bis 2029 Voranschlag 2026

Geschäfts Nr. 2025-273
Aktenzeichen 920.1 / Voranschlag, Aufsicht

Bezirksrätlicher Sprecher: Säckelmeister Peter Küng

Es wird auf die mit den Traktanden präsentierten Folien verwiesen, die einen integrierenden Bestandteil dieses Protokolls bildet.

Peter Küng startet mit einem Überblick. Der Voranschlag 2026 der Erfolgsrechnung weist einen Aufwandüberschuss von 4.26 Millionen Franken aus. Die Investitionsrechnung 2026 weist budgetierte Nettoinvestitionen von rund 13.16 Millionen Franken aus. Der Steuerfuss liegt unverändert bei 145 %.

Der Säckelmeister erläutert den **Voranschlag 2026 der Erfolgsrechnung**. Eingangs erwähnt er die Differenz zwischen dem jetzigen Budget 2025 und dem, welches vor einem Jahr präsentiert wurde. Der Grund sei die Senkung des Steuerfusses von 10 Einheiten, welche an der letztjährigen Bezirksgemeinde vom 9. Dezember 2024 beschlossen wurde, was rund 3 Millionen Franken ausmache.

Bei einem **Gesamtaufwand** von rund 96 Millionen Franken und einem **Gesamtertrag** von rund 91.7 Millionen Franken sieht das Budget 2026 der Erfolgsrechnung einen **Aufwandüberschuss** von rund 4.25 Millionen. Die grosse Abweichung von rund 8 Millionen Franken betrifft den Zusatz für Löschwasser für die Sanierung von der Spezialfinanzierung.

Peter Küng erläutert kurz die wichtigsten Punkte des Voranschlags der Erfolgsrechnung. Der budgetierte **Personalaufwand** für 2026 erhöht sich gegenüber dem Budget 2025 um rund 2.4 Millionen Franken, das sind ungefähr 5 %. Gründe sind Stufenanstieg beim Lehrpersonal Bildung und auch individuelle Lohnerhöhungen beim Verwaltungspersonal macht zusammen

ungefähr 1.5 % aus. Dazu kommt noch die Teuerung von 0.5 %. Weitere Gründe sind steigende Schülerzahlen, Komplexität und Vorschriften des Kantons, was zu höherem Bedarf an Lehrkräften und auch Verwaltungspersonal führt. Die Auslastung beim Pflegeheim Sunnehof von 100 % führt ebenfalls zu höherem Aufwand, weshalb auch hier eine Abweichung im Bereich Gesundheit stattfand.

Der budgetierte **Sachaufwand** 2026 konnte aufgrund von Hinterfragung von Notwendigkeit, Etappierungen und Kostenbewusstsein stabil gehalten werden.

Der **Transferaufwand** nimmt gegenüber dem Budgetwert 2026 zu. Diese Aufwandszunahme ist aufgrund von höheren Beiträgen für die Pflegefinanzierung, die Sonderschulung sowie den öffentlichen Verkehr zurückzuführen. Auch die Unterstützung für private Spitex-Dienste, wirtschaftliche Hilfe und die Kinderbetreuung wurde ausgeweitet. Zusätzlich steigen die Beiträge an Vereine.

Säckelmeister Peter Küng erläutert weiter die **Fiskalerträge**. Im Budget 2025 seien jetzt die korrigierten Zahlen abgebildet, das heisst minus 10 Einheiten, welche letztes Jahr beschlossen wurden.

Peter Küng weist auf die Stabilität der Einnahmen trotz der Senkung des Steuerfusses hin. Er betont, dass die positiven Entwicklungen bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen voraussichtlich anhalten werden. Es wird mit einem Budget von rund 53 Millionen Franken gerechnet. Die Aufteilung erfolgt zu rund 90 % auf natürliche Personen und zu rund 10 % auf juristische Personen. Das bedeutet, dass für 2026 mit einem gleichbleibenden Budget wie 2025 gerechnet wird.

Peter Küng erwähnt, dass der Bezirk am 1. Januar 2024 die Steuern um zehn Einheiten reduziert habe und am 1. Januar 2025 um weitere zehn Einheiten. Bekannt ist, dass die Revision des Steuergesetzes per 1. Januar 2026 gemäss Kanton von etwa 3 Millionen Franken kosten werde. Dies entspricht wiederum ungefähr zehn Einheiten. Er hofft, dass dieser Effekt im 2026 ausgeglichen werden kann. Noch nicht berücksichtigt sei die Anpassung beim Eigenmietwert, die erst 2027/2028 wirksam wird. Dazu liegen auch beim Kanton noch keine Angaben über die finanziellen Auswirkungen vor.

Weiter geht Peter Küng auf die **Investitionsrechnung** ein. Er erwähnt, dass für 2026 Nettoinvestitionen in Höhe von 13'164'000 Franken vorgesehen sind.

Er hält fest, dass die meisten Geschäfte selbstverständlich vor die Urne kommen werden. Im Frühling soll über den Baukredit Ebnet 1 und 2 und den Planungskredit Pflegeheim Seematt abgestimmt werden. Die Zentrumsgestaltung sollte, wenn möglich, gegen Ende nächsten Jahres beginnen. Das Projekt Chuelochtobel muss aufgrund gesetzlicher Vorgaben zwingend umgesetzt werden. Die Kosten liegen bei rund 900'000 Franken. Zudem wird gehofft, dass das zuvor diskutierte Sachgeschäft Umgestaltung Seeplatz und Planung Parkhaus Dorfhalde bei der Abstimmung im nächsten März positiv ausfällt.

In den nächsten Jahren wird mit einem Anstieg der Investitionen gerechnet. Für das Jahr 2027 werden rund 27 Millionen Franken geschätzt. Dies hängt auch mit dem Schulhausumbau Ebnet 1 und 2 zusammen. Für 2028 wird mit rund 31 Millionen Franken gerechnet (Trennsystemen, laufenden Bauprojekten). Im Jahr 2029 wird – falls alle Abstimmungen positiv ausfallen – mit dem Umbau des Pflegeheims Seematt gerechnet.

Peter Küng erwähnt, dass von 2016 bis 2025 insgesamt 130 Millionen Franken investiert wurden. Würden alle Forderungen und Wünsche vollständig erfüllt und sämtliche mögli-

chen Projekte in den nächsten zehn Jahren umgesetzt, würden die Kosten bei rund 284 Millionen Franken liegen.

Für die Finanzierung bedeutet dies Folgendes: Da im Finanzhaushaltsgesetz eine lineare Abschreibung über meist 25 Jahre vorgesehen ist, ergibt sich ein Satz von 4 % pro Jahr. Deshalb werden die Abschreibungen stark ansteigen. Bei hohen Investitionen und dem gleichzeitigen Ziel eines ausgeglichenen Ergebnisses wird die Verschuldung gleichwohl zunehmen. Dies zeigt sich bereits im kommenden Jahr. Bei Investitionen von 13 Millionen Franken und Abschreibungen von nur rund 7 Millionen wird eine höhere Verschuldung unausweichlich entstehen.

Aus diesem Grund beantragt der Bezirksrat die **Beibehaltung des Steuerfusses** von 145 Einheiten für natürliche und juristische Personen.

Abschliessend kommt Peter Küng zu den **Nachtragskrediten** zur Erfolgsrechnung 2025.

Er verweist dabei auf die Seiten 26 und 27 der Botschaft. Die Nachtragskredite zur Erfolgsrechnung 2025 umfassen total Fr. 1'272'400.--. Der grösste Posten wird vom Alters- und Pflegeheim Sunnehof verursacht, da bereits heute eine vollständige Auslastung besteht. Im Jahr 2026 wird mit einem Plus von rund 600'000 Franken zugunsten der Spezialfinanzierung gerechnet. Für die Investitionsrechnung 2025 gibt es keine Nachtragskredite.

Der **Voranschlag 2026** des Pflegezentrums Seematt rechnet mit einem Aufwandüberschuss von rund 200'000 Franken. Dazu verweist Säckelmeister Peter Küng auf die Seiten 54 der Botschaft.

Bezirksammann Oliver Ebert eröffnet die Diskussion und erwähnt, dass die Rechnungsprüfungskommission den Voranschlag 2026 geprüft habe und sie mit all ihren Bestandteilen zur Annahme empfiehlt. Um allfällige Anträge und Voten zu kanalisieren, werde er das Wort wie folgt zu folgenden Themen freigeben:

1. zu den Nachtragskrediten
2. zum Voranschlag 2026
3. zur Investitionsrechnung 2026
4. zum Voranschlag 2026 des Pflegezentrums Seematt
5. zum Steuerfuss 2026

Zu den Nachtragskrediten:

Keine Wortmeldungen

Zum Voranschlag 2026

Keine Wortmeldungen

Zur Investitionsrechnung 2026:

Keine Wortmeldungen.

Zum Voranschlag des Pflegezentrums Seematt 2026:

Keine Wortmeldungen

Zum Steuerfuss 2026:

Martin Raña, Obergsteigweg, 6403 Küssnacht, im Namen der SP und Unabhängige beantragt eine Steuerfusserhöhung um 20 Einheiten.

Er stellt eingangs seiner Rede folgende offenen Fragen: Was sei ein Dorf ohne Vereine. Was ein Dorf ohne viele freiwillig engagierte Menschen? Was ein Ort ohne aktive Jugend. Ein Dorf brauche Menschen, die für etwas brennen. Der Unterschied zwischen einem Schlafort und einem lebenswerten Ort sei die Verbindung und das Gefühl von Emotionen zur Heimat.

In den letzten Wochen wurde aus der Zeitung entnommen, dass die Vision 31 vom Bezirksrat ohne konkrete Planung für das Areal Ebnet abgebrochen wurde. Bedürfnisse und Schwierigkeiten seien erkannt. Ein grösserer Bericht wurde anscheinend erstellt. Doch nun sollten Lösungen statt Übungsabbrüche benötigt werden.

Martin Raña schlägt vor, mit Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen, Parteien, der Bevölkerung und eventuell den Schulen an einen Tisch zu sitzen. Gemeinsam sollte ein Weg für ein gelungenes Areal Ebnet erarbeitet werden.

Als politisches Ziel solle eine konkrete Planung gefordert werden. Es solle genau berechnet werden, welche Massnahmen wie viel kosten und wie sie finanziert werden können. Dadurch soll eine Priorisierung entstehen. Finanzierbare Etappen sollen anschliessend dem Volk vorgelegt werden, damit das Areal Ebnet mit dessen Zustimmung realisiert werden kann. Diese Erwartung wurde auch aus der Medienmitteilung des Bezirksamtes nach der Abstimmung über die Pluralinitiative zum Hallenbad herausgelesen. Vermutlich teilten auch die 2'251 Stimmberechtigten diese Hoffnung.

Er fragt sich, wie das Resultat wohl heute ausfallen würde. Doch das sei jetzt reine Spekulation. Der Entscheid des Bezirksamtes werde nicht verstanden. Obwohl ihm nicht alle Informationen bekannt seien, die der Bezirksrat hat, beurteile er dennoch den Entscheid als nicht förderlich für die Zukunft, wenn Projekte – wie bereits in den vergangenen Jahren geschehen – frühzeitig ohne Volksentscheid aufgegeben werden.

Martin Raña fordert, dass ehrenamtliches Engagement unterstützt und nicht verhindert werden soll. Wenn Unterstützung gewünscht sei, soll der Bezirksrat das Gespräch suchen. Als Beispiel wird Einsiedeln erwähnt, wo die Regierung eine Sportanlage vors Volk brachte und das Volk diese unabhängig von den Kosten befürwortete.

Ohne Gesamtplanung des Areals Ebnet könnten kleinere Projekte später im Weg stehen und dadurch grössere, wichtigere Projekte verhindert werden. Deshalb sei jetzt der richtige Zeitpunkt, die entstandenen Emotionen zu nutzen und zu bündeln. Ein gemeinsamer Prozess mit allen Akteuren soll rasch gestartet werden.

Damit das Areal Ebnet und weitere wichtige Zukunftsprojekte – wie der Schulraum, die Zentrumsgestaltung oder das Altersheim – finanziell nicht scheitern, wird von der SP und Unabhängigen eine Steuerfusserhöhung von 20 Einheiten beantragt. Durch diese Erhöhung würden die Steuersenkungen der vergangenen zwei Jahre rückgängig gemacht. In Anbetracht der geplanten Investitionen bis 2029 und darüber hinaus wird dies als notwendig bezeichnet.

Martin Raña betont, dass es sich nicht um Steuern auf Vorrat handle. Die Gelder würden für wichtige und dringende Projekte benötigt und brächten einen Mehrwert für die Allgemeinheit. Gemäss Säckelmeister entsprechen 10 Einheiten rund 3 Millionen Franken. Die beantragten 20 Einheiten würden somit etwa 6 Millionen Franken pro Jahr ergeben. In vier Jahren beispielsweise könnte somit ein Parkhaus finanziert werden. Bis 2045 könnten sogar 120 Milli-

onen Franken zusätzlich angespart werden. Damit hätte man genügend finanzielle Ressourcen für bedeutende Projekte.

Er bitte dem Antrag für eine zeitgemässe Infrastruktur für alle Generationen im Bezirk zuzustimmen.

Stefan Christen, Giessenweg 17, 6403 Küssnacht, FDP, möchte ebenfalls kurz die Möglichkeit nutzen und folgendes klarstellen: Vieles klinge gut und verlockend. Zum Beispiel ein Sportcenter für 30 Millionen Franken, ein Parkhaus mit Licht oder ein Hallenbad. Es sei jedoch der falsche Weg, mit einer Steuererhöhung Geld anzusparen. Dies könne vielleicht von Unternehmen oder Privatpersonen gemacht werden, aber dem Staat solle nur so viel Geld zur Verfügung gestellt werden, wie er tatsächlich benötigt.

Stefan Christen weist darauf hin, dass in den letzten zwei Jahren durch die Steuersenkung rund 9 bis 10 Millionen Franken weniger eingenommen wurde. Hätten man der Steuerfuss bei 165 Einheiten belassen, wäre auch dieses Geld jetzt bereits ausgegeben – und es gäbe immer noch kein Parkhaus oder ein Hallenbad. Deshalb solle der Steuerfuss bei 145 Einheiten belassen werden.

Es sind immer wieder Ideen vorhanden, dann werde wieder viel gesprochen und es werde wieder das Gefühl entstehen, wie schön es wäre. Auch er sei mit Küssnacht verbunden und baue gerne. Die Beerdigung des Projekts Vision 31 sei auch für ihn als liberal denkende Person, sehr bedauerlich. Das Projekt wäre etwas für alle gewesen. Darum vertrete er die Meinung, dass weiterhin Projekte geplant werden müssen.

Eine Steuererhöhung durchzusetzen, nur weil behauptet wird, Projekte könnten ohne zusätzliches Geld nicht realisiert werden, erachte er als falsch. Projekte kommen nicht zur Stande, weil nicht vom Gleichen gesprochen werde. Der Bezirk sei finanziell gesund. Deshalb beantrage er die Steuerfusserhöhung um 20 Einheiten der SP abzulehnen.

Barbara Hunziker, Artherstrasse 170, Immensee. Die Rednerin vertritt die Meinung der SVP. Die Reihenfolge wird als falsch beurteilt. In Küssnacht stehen zentrale Herausforderungen an. Eine koordinierte, transparente und zukunftsorientierte Planung werde verlangt, wie auch die Möglichkeit einer späteren Steuererhöhung bei Notwendigkeit. Der Antrag der SP sei abzulehnen.

Livio Zulli, Chlausjänergasse 5, Küssnacht, Ortsparteipräsident der FDP Küssnacht. Die FDP lehne den Antrag der SP klar ab. Ein stetiger Steuerfuss werde seitens der FDP verlangt. Ein ständiges auf und ab sei nicht zu unterstützen. Es werde ein haushälterischer Umgang mit den Finanzen gefordert. Die vorher gehörte Wunschliste wird zur Kenntnis genommen. Diese Forderungen mögen bestehen, doch sie müssen nicht heute oder morgen erfüllt werden. Ein klares, visionäres Denken und ein Weiterkommen werden seitens der FDP unterstützt. Für die Vision 31 kann das Wort dann noch unter dem Traktandum Verschiedenes erhoben werden.

Er habe die Auffassung, dass die Anträge der SP wie mit einem Vorschlaghammer präsentiert werden. Eine Kommunikation mit Behörden und anderen Parteien fanden nicht statt. Dieser Weg wird von der FDP Küssnacht nicht mitgetragen, und der Antrag entsprechend klar abgelehnt.

Mathias Bachmann, Husmattweg 31, Merlischachen, Ortsparteipräsident Die Mitte, hält fest, dass auch die Mitte den Steuerfuss so belassen will, wie er vom Bezirksrat vorgetragen werde. Zuerst sollen die Ausgaben geplant und auf dem Tisch liegen, bevor eine Erhöhung vorgenommen wird. Als zweites Argument wird die notwendige Stabilität im Steuerfuss betont. Projekte wie die Vision 31 werden zur Kenntnis genommen. Es entsteht zwar der Eindruck, dass

sofort gehandelt werden müsse, doch dies wird als falsches Zeichen beurteilt. Die Mitte lehnt den Antrag ab. Der aktuelle Steuerfuss soll beibehalten werden.

Urs Wyrsch, Haldenweg 1, Küssnacht. Ich bin ein Unabhängiger und wehre mich nur dagegen, dass die SP immer sagt, sie seien auch die Vertretung der Unabhängigen. Er gehöre nicht dazu.

Bezirksammann Oliver Ebert stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird. Er übergibt das Wort nochmals zurück an den Säckelmeister Peter Küng.

Säckelmeister Peter Küng fügt an, dass die Vision 31 oder das Zentrum für Sport, Kultur und Freizeit nichts mit dem Steuerfuss zu tun haben. Er betont, dass das Steuergesetz keine Rückstellungen zulässt und ein ausgeglichenes Budget verlangt. Er habe eingangs erklärt, dass die Schulden steigen, wenn mehr investiert werde. Steuereinnahmen werden verwendet um Schulden zurückzuzahlen. Das Geld wäre nicht "verloren" wie es Stefan Christen sagte.

Peter Küng stellt klar, dass ein grösserer finanzieller Spielraum nicht bedeutet, dass das Geld leichtfertig ausgegeben wird. Der Steuerfuss soll in Ruhe gelassen werden. Er weist kurz auf die Steuerstatistik des Kantons Schwyz hin und appelliert an die Stetigkeit. Ein ständiges auf und ab des Steuerfusses sei nicht wünschenswert. Daher soll der Steuerfuss so belassen werden.

Bezirksammann Oliver Ebert fügt noch an, dass die Steuerzahlenden sich sicher sein können, dass der Bezirksrat mit einem Vorschlag kommen wird, wenn eine Steuererhöhung als notwendig betrachtet wird. Dies sei im Moment nicht so. Der Steuerfuss soll bei 145 Einheiten belassen werden, wie dies bereits von der SVP, Die Mitte und der FDP votiert wurden.

Er nimmt die Abstimmung vor.

Abstimmung

Der Antrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Er übergibt das Wort nun an den Landschreiber Marc Sinoli.

Der Bezirksgemeinde wird beantragt:

1. die Nachtragskredite von Fr. 1'272'400 zu Lasten der Erfolgsrechnung 2025 zu genehmigen;
2. den Voranschlag 2026 umfassend die Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von neu Fr. 4'255'600 und die Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von Fr. 13'164'000 zu genehmigen;
3. das Budget 2026 des Pflegezentrums Seematt mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 199'634 zu genehmigen
4. den Steuerfuss für das Jahr 2026 bei 145 Prozent einer Einheit festzusetzen.

Bezirksammann Oliver Ebert nimmt die Abstimmung vor.

Abstimmung

Die Versammlung genehmigt grossmehrheitlich durch Handerheben den Voranschlag 2026 des Bezirks Küssnacht.

Click or tap here to enter text.

PRÄ: Bezirksgemeinde vom 09.12.2025, Budget 2026

Verschiedenes

Geschäfts Nr. 2025-790

Aktenzeichen 010.1 / Bezirksgemeinde, Orientierungsversammlung

Bezirksamman Oliver Ebert eröffnet das Traktandum Verschiedenes und erwähnt, dass Urs Keller dem Bezirksrat im Vorfeld zwei Vorschläge zur Prüfung eingereicht habe. Da ein allgemeines Interesse vermutet werde, werden diese Vorschläge nun – nach vorgängiger Rücksprache mit Urs Keller – direkt an der Bezirksgemeinde beantwortet.

Gefragt wurde, warum Küssnachter Einwohnerinnen und Einwohner keinen Anwohner tariff der Rigi Bahn erhalten.

Oliver Ebert erklärt, dass neu ein reduzierter Anwohner tariff von 35 % auf Jahreskarten angeboten werde, jedoch nur für Gemeinden mit direkter Talstation auf die Rigi. Die Seebodenalp werde nicht dazu gezählt. Weggis, Vitznau und Arth erhalten deshalb eine Vergünstigung von 35 %. Falls der Bezirk ebenfalls eine Vergünstigung anbieten möchte, müsste der Bezirk die Differenz selbst übernehmen. Dazu kommt, dass jede Anfrage vom Einwohneramt überprüft werden müsste, da die Adresse nicht auf dem Ausweis stehe. Ein erheblicher administrativer Aufwand würde damit entstehen.

Oliver Ebert führt weiter aus, dass aktuell rund 207 Personen im Bezirk eine Jahreskarte besitzen. Somit würden ungefähr Kosten von 30'000 bis 40'000 Franken entstehen. Zudem dürfte davon ausgegangen werden, dass mit diesem Angebot neue Bezügerinnen und Bezüger einer Jahreskarte dazu kämen. Entsprechend seien Gesamtkosten bis 60'000 Franken zu erwarten.

Der Bezirksrat lehne deshalb den Antrag aus finanziellen Gründen und aufgrund des Gleichstellungsprinzips ab. Sonst müsste auch bei der Zugersee- und Vierwaldstättersee-Schiffahrt, der Seebodenbahn und weiteren Anbietern Anwohner tarife oder Vergünstigungen angeboten werden.

Die zweite Anfrage betreffe einen möglichen Tarifverbund zwischen Seebodenbahn und Rigi Bahn. Oliver Ebert erklärt, dass beide Unternehmen privatrechtlich organisiert seien. Trotz früherer Unterstützung des Bezirks für die neue Bahn sei kein Eingriff in die strategische Entwicklung der Unternehmen vorgesehen. Beide Bahnen haben eine partnerschaftliche Zusammenarbeit bestätigt. Ein Interesse an einem Tarifverbund bestehe jedoch nicht.

Oliver Ebert bedankt sich bei Urs Keller für sein Engagement und fragt nach Wortmeldungen.

Ruedi Räber, Unterdorf 10, Küssnacht erklärt – aufgrund der Aussage von Oliver Ebert, dass die Prüfung der Wohnsitzgemeinde mit grossem Aufwand verbunden sei –, dass im nächsten Jahr durch die neue E-ID die Prüfung einfacher sein werde. Deshalb solle der Bezirksrat das Anliegen pendent halten. Er erachte es als sinnvoll, wenn die Küssnachterinnen und Küssnachter wieder als Anwohner der Rigi Bahnen gelten, so wie früher.

Ruedi Räber ergänzt, dass zum Vergleich die Amortisation des gesprochenen Kredits von 1.5 Millionen Franken rund 60'000 Franken betrage. Wird dieser Kredit nicht gesprochen, so wären die 60'000 Franken bereits vorhanden.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich bei Ruedi Räber und erklärt, dass an der Bezirks-gemeinde kein direkter Auftrag an den Bezirksrat erteilt werden könne. Die Voten der Bürgerin-nen und Bürger werden jedoch als wichtig erkannt, deshalb werde das Anliegen aufgenommen und geprüft, ob mit der E-ID eine Vereinfachung möglich sei.

Es wird nach weiteren Wortmeldungen gefragt.

Reto Weiss, Grepperstrasse 45i, Küssnacht, Präsident der Interessengemeinschaft Küssnachter Sportvereine IGKS führt aus, dass die IGKS mit grosser Bestürzung aus der Presse entnommen habe, dass das Studienprojekt und das Kulturzentrum Ebnet eingestellt worden seien. Von den Sportvereinen im Bezirk werde entsprechende Besorgnis geäussert.

Reto Weiss stellt die Frage, wie es mit der Righalle und der Zukunft der Vereine weiter-gehe. Vor einigen Jahren sei vom Bezirksrat ein Grundsatzentscheid zur Zukunft des Eissports im Bezirk Küssnacht gefällt worden. Damals sei der Erhalt des Eissports vom Bezirk klar bejaht worden. Er wolle nun wissen, ob der Grundsatzentscheid für den Bezirksrat heute noch gültig sei und ob der Bezirksrat weiterhin hinter diesem Entscheid stehe.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich, dass die Fragen vorgängig gestellt worden sind. Dadurch habe der Bezirksrat die Themen besprechen und entsprechende Antworten formulie-ren können.

Der Bezirksrat stehe weiterhin hinter dem früheren Entscheid. Die Rahmenbedingungen müs-sen jedoch für alle beteiligten Parteien stimmen. Der Betrieb einer Eishalle sei nicht alleinige Aufgabe des Bezirks. Der Bezirksrat erachte dies als keine vorrangige Staatsaufgabe. Daher müssen alternative Lösungen geprüft werden.

Reto Weiss, führt weiter aus, dass sich die KEG, Kunsteisbahngenossenschaft und die Betrei-berin der Righalle, seit längerem in einer angespannten finanziellen Lage befinde. Die laufen-den Kosten können gedeckt werden. Rücklagen für notwendige Erneuerungen, Anlagen und Hallen können jedoch nicht gebildet werden. Dem Bezirksrat sei diese Situation bekannt, da dieser an der Generalversammlung jeweils teilnehme und dieses Thema regelmässig in den jährlichen Budgetdiskussionen behandelt werde.

Reto Weiss fragt, welche Strategie vom Bezirksrat verfolgt werde, falls eine umfassende Sanierung der Eisanlage oder der Righalle erforderlich sei? Und ob vom Bezirksrat eine mögli-che Schliessung der Righalle verhindert und finanziell unterstützt werde, falls die erforderlichen Mittel von der KEG nicht selbst aufgebracht werden könnten?

Bezirksammann Oliver Ebert sagt, dass die Fragen mit dem Baurechtsvertrag beantwortet werden können, welcher noch bis in das Jahr 2094 weiterlaufe. Es wurde gefragt, ob die Ver-antwortung vollständig auf die Genossenschaft übertragen worden sei. Hierzu erklärt Oliver Ebert folgendes: Die Eishalle gehöre der Genossenschaft. Für den Unterhalt sei sie allein zu-ständig. Der Bezirk werde zwar zur Generalversammlung eingeladen, sei jedoch nicht in interne Entscheidungsprozesse eingebunden. Unabhängig davon werde der Eissport vom Bezirk be-reits jährlich mit über 200'000 Franken unterstützt. Bei Fragen dazu könne der Säckelmeister weitere Auskunft geben.

Der Genossenschaft werde das Baurecht bis 2094 unentgeltlich gewährt. Damit profitiere die Genossenschaft von einer zusätzlichen finanziellen Unterstützung in der Höhe eines hohen fünfstelligen Betrags pro Jahr. Insgesamt würden rund 300'000 Franken vom Bezirk jährlich in den Eissport investiert. Es könne dem Bezirk daher nicht vorgeworfen werden, dass Probleme nicht erkannt oder Vereine und die KEG nicht unterstützt werden.

Ein heikles Thema sei, dass bei fehlenden Mitteln der Genossenschaft vermutlich der Konkurs eröffnet werden müsste. Der Bezirksrat gehe davon aus, dass nach der Schuldenbereinigung ein Neustart möglich wäre.

Reto Weiss weist hin, dass in der jüngsten Medienmitteilung vom Bezirksrat angekündigt worden sei, künftig kleinere Projekte weiterzuverfolgen, insbesondere im Kultur- und Freizeitbereich. Es stelle ihm die Frage, ob Sportprojekte wie die Rigi-halle nicht mehr Teil dieser Strategie seien.

Zudem wird nachgefragt, welche konkreten Projekte geplant seien und wie der weitere Prozess aussehen werde.

Bezirksammann Oliver Ebert verneint und erklärt, dass weiterhin eine Beteiligung möglich sei, sofern die Stimmberechtigten zustimmen. Dabei werde weiterhin von grossen Beträgen ausgegangen.

Der Bezirk werde jedoch keine zusätzlichen Altlasten übernehmen. Dies sei im Baurechtsvertrag ausdrücklich festgehalten. Er weist auf Ziffer 6.1 des beurkundeten Baurechtsvertrags vom 30. September 2002 hin. Die Bauparzelle müsse bei Ablauf der Baurechtsdauer von allen Pfandrechten befreit sein. Die Baurechtsnehmer seien verpflichtet, errichtete Pfandrechte bis zum Ende der Baurechtsdauer zu amortisieren. Die Vorgaben der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger seien zu beachten.

Oliver Ebert hält zudem fest, dass der Betrieb einer Eishalle oder eines Hallenbads keine Kernaufgabe des Bezirks sei. Der Betrieb solle wie bisher an eine private Organisation ausgelagert werden. Als Beispiele werden die Eishalle Zingel AG, das regionale Eiszentrum Luzern AG und die Ägeribad AG genannt.

Der Bezirksrat prüfe, ob das gesamtheitliche Zentrum in mehrere Teilbereiche aufgeteilt werden könne, einschliesslich Eissport, Hallenbad und Kultur.

Reto Weiss stellt erneut die Frage nach der Rolle des Bezirks. Gemäss Angaben der KEG sei der Bezirk früher mit rund 25 % Genossenschaftsanteil eingetragen gewesen - heute sei ihm mitgeteilt worden, dass der Anteil nicht 25 %, sondern 10 % betrug. Er vermutet, dass dieser Anteil als Gegenleistung für das Grundstück gewährt worden sei, auf dem die Eishalle stehe.

Vor einigen Jahren sei der KEG vom Bezirk mitgeteilt worden, dass kein Anteil mehr bestehe. Nun frage er sich, ob vom Bezirk tatsächlich kein Anteil mehr gehalten werde oder ob der Wert lediglich auf 0 Franken abgeschrieben worden sei?

Reto Weiss fragt weiter, weshalb sich der Bezirk – falls Anteile gehalten worden seien – nicht aktiver im Genossenschaftsrat eingebracht habe, wie dies beispielsweise bei der Seilbahn AG Seebodenalp durch eine Vertretung im Verwaltungsrat geschehe?

Abschliessend frage er sich, weshalb vom Bezirksrat an der Generalversammlung der KEG nicht früher auf fehlende Rückstellungen hingewiesen worden sei?

Bezirksammann Oliver Ebert erklärt, dass diese Fragen ebenfalls recherchiert worden sind. Die Unterlagen stammen noch aus der Zeit vor der Digitalisierung. Die Bearbeitung sei daher aufwändig gewesen.

Er könne mit Sicherheit sagen, dass in der Bilanz keine Anteile der Genossenschaft KEG durch den Bezirk gehalten werde. Aktuell sei in der Bilanz kein entsprechender Wert enthalten. Es gelte der Baurechtsvertrag, welcher von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern angenommen wurde. In diesem Vertrag seien die Zuständigkeiten klar geregelt.

Oliver Ebert ergänzt, dass die Genossenschaft eine selbstständige juristische Person nach Obligationenrecht sei, und zwar mit eigenen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Daher sehe sich der Bezirksrat nicht in der Verantwortung, wie dies beispielsweise bei der Seilbahn der Fall sei.

Reto Weiss möchte gerne wissen, weshalb sich der Bezirksrat nicht in der Verantwortung sehe?

Bezirksammann Oliver Ebert, antwortet, dass kein Anteil der Genossenschaft in der Bilanz ausgewiesen sei. Dieser Frage – ob nun doch 25 % oder 10 % Genossenschaftsanteil dem Bezirk gehöre – werde noch nachgegangen.

Reto Weiss meint, dass wahrscheinlich aufgrund fehlender Bilanzposition angenommen werden könne, dass der Wert auf 0 Franken abgeschrieben wurde.

Bezirksammann Oliver Ebert kann dies nicht beantworten. Das seien Mutmassungen.

Reto Weiss bedankt sich.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich für den Einsatz von Reto Weiss. Weitere Wortmeldungen folgen.

Wolfgang Ulrich, Bodenstrasse 8, Küssnacht, spricht ein Thema an, dass viele Menschen im Dorf beschäftigen, und zwar die Fussgängerstreifen. Die Frage sei heikel.

Er erwähnt, dass die gesetzlichen Vorgaben (keine Fussgängerstreifen in einer 30iger Zone) für eine Quartierstrasse geeignet seien, jedoch nicht für Küssnacht, wo der Hauptverkehr durch das Dorf geführt werde und sehr hoch frequentiert sei. Dazu käme, dass viele die Regeln in einer 30iger Zone nicht kennen. So soll der Fussgänger / die Fussgängerin die Strasse überall überqueren können, hat jedoch kein Vortritt. Vielen Autofahrern und Fussgängern sei dies nicht bekannt. Zur Schaffung von Klarheit, die bereits durch viele Leserbriefe versucht worden sei, werde gefordert, die Fussgängerstreifen wieder anzubringen.

Wolfgang Ulrich sagt, dass in Goldau, Adligenswil und einem weiteren Dorf Fussgängerstreifen in der 30iger Zone vorhanden seien. Kindergartenkinder lernen am Schulanfang das Überqueren der Strasse auf einem Fussgängerstreifen durch die Polizei. Er fragt sich, ob die Kinder nun wissen, wie man sich richtig in der 30iger Zone verhalten sollen. Er betont, dass viel Verkehr herrsche und viele Personen sich wünschen, dass die Fussgängerstreifen wieder angebracht werden. Der Bezirksrat solle das Anliegen der Bevölkerung aufnehmen, um auch Klarheit zu schaffen und die Möglichkeit, dass die Menschen sicher die Strasse auf einem Fussgängerstreifen überqueren können, während die Autofahrer warten müssen.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich für die Voten von Wolfgang Ulrich. Damit habe Wolfgang Ulrich vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen.

Oliver Ebert führt aus, dass aufgrund der neuen Zentrumsgestaltung beschlossen worden sei, Tempo 30 einzuführen. Das Verkehrskonzept und die Baubewilligung waren erteilt, deshalb habe der Bezirksrat beschlossen, die 30iger Zone sofort umzusetzen. Eigentlich hätte mit dem Baubeginn umgehend gestartet werden sollen, doch durch die Annahme der Pluralinitiative wurde dann das Bauprojekt verhindert. Aktuell werde mit Hochdruck an der Weiterbearbeitung gearbeitet und – wenn alles gut läuft – nächstes Jahr mit den Bauarbeiten begonnen.

Der Bezirksrat habe die Reaktionen der Bevölkerung verstanden und strebe eine Verbesserung an. Auch wenn es sich um Bezirksstrassen handle, so könne der Bezirk nicht einfach eigenständig beginnen Fussgängerstreifen anzubringen. Die Beispiele aus Goldau und Adligenswil könne er nicht beurteilen. Es benötigt rechtlich verbindliche Lösungen, wofür ein korrektes Verfahren notwendig sei, das mit den kantonalen Stellen abgestimmt werden müsse.

Oliver Ebert weist darauf hin, dass mit dem Beginn der Bauarbeiten zur neuen Zentrumsgestaltung der Durchgangsverkehr längere Zeit eingeschränkt sein werde und sich die Situation danach erneut spürbar verändern werde. Der Bezirksrat stehe im Austausch mit dem Kanton. Er hoffe, dass rasch eine Lösung gefunden werde.

Oliver Ebert betont, dass der Bezirksrat die Situation ernst nimmt. Sein Büro liege im Dorf, er sei häufig im Rathaus und viel auf der Bahnhofsstrasse unterwegs. Auch er nähme die Lage aktuell als schwierig wahr. Bezüglich Zentrumsgestaltung und Verkehrsregime könnten Roman Schlömmer oder René Hunziker noch Ergänzungen machen.

Bezirksrat Roman Schlömmer ergänzt, dass durch das spontane Bemalen von Fussgängerstreifen der Bezirk bei einem Unfall haftbar sei. Er bittet um mehr Zeit. Die Situation wurde erkannt, wie vom Bezirksammann gesagt wurde, und es soll etwas unternommen werden. Der Bezirksrat hat jedoch auch eine Verantwortung im Zusammenhang mit dem Rechtsmittel, weshalb diese Zeit nötig ist.

Roman Schlömmer führt weiter aus, dass die Angelegenheit nicht so einfach sei, wie oft geschildert werde. Auch wenn Fussgängerstreifen vorhanden seien, muss zur Kenntnis genommen werden, dass 50 Meter vor und 50 Meter nach dem Fussgängerstreifen die Strasse nicht überquert werden darf.

Abschliessend hält er fest, dass an einer Lösung gearbeitet werde, und das benötige seine Zeit. Im nächsten Jahr werden Änderungen erfolgen.

Bezirksrat René Hunziker merkt an, dass davon ausgegangen werden darf, dass das Auflageprojekt relativ bald, voraussichtlich Anfang des Jahres, aufgelegt wird. Damit eine möglichst schnelle Realisierung erreicht werden kann, ist es wichtig, dass von allen Seiten mitgeholfen werde, das Vorhaben kompromissbereit und konsensorientiert zum Abschluss zu bringen. Anderenfalls kann sich der Prozess verlängern, wodurch keine Verbesserung der Situation erzielt werden kann. Die Neugestaltung des Zentrums wird wesentlich dazu beitragen, dass die Verkehrssicherheit erhöht wird, insbesondere weil die Strassenkorridore dann jene Dimensionen erhalten, die für eine 30iger Zone erforderlich seien.

René Hunziker bittet um Unterstützung.

Bezirksammann Oliver Ebert bedankt sich bei René Hunziker und Roman Schlömmer für die Ergänzungen und stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird.

Zum Schluss weist er noch auf drei Termine hin. So findet am 8. März 2026 die Urnenabstimmung zu den heute überwiesenen Geschäften statt. Zudem wird der Neujahrsapéro am 4. Ja-

nuar 2026 stattfinden. Die nächste Bezirksgemeinde im Monséjour wird am 20. April 2026 durchgeführt.

Oliver Ebert erklärt die Bezirksgemeinde als geschlossen, dankt für die Teilnahme und leitet zum Apéro im Foyer über.

Schluss der Sitzung um 22:30 Uhr

BEZIRKSGEMEINDE KÜSSNACHT

Bezirksammann

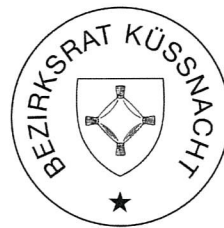
Landschreiber



Oliver Ebert



Marc Sinoli





Willkommen

**zur Bezirksgemeinde vom
9. Dezember 2025**



1. **Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann**
2. **Wahl der Stimmenzählenden**
3. **Ausgabenbewilligung von 1.55 Millionen Franken für den Projektwettbewerb zur Umgestaltung des Seeplatzes und des Planerwahlverfahrens für das Parkhaus «Dorfhalde»**
4. **Schlussabrechnung Ausgabenbewilligung
«Erneuerung Sportanlage Luterbach mit Sport- und Infrastrukturgebäude
und Parkier- und Sportanlage inkl. Hochwasserschutz, Küsnacht»**
5. **Genehmigung Voranschlag 2026**
6. **Verschiedenes**



Begrüssung und Eröffnung durch den Bezirksammann



Wahl der Stimmenzählenden



Traktandum 3



Ausgabenbewilligung von 1.55 Millionen Franken für die Durchführung eines Projektwettbewerbs mit anschliessender Vertiefung zur Umgestaltung des Seeplatzes sowie eines Planerwahlverfahrens (Submission) zur Erlangung eines Bauprojekts für ein Parkhaus mit etwa 250 Parkplätzen am Standort «Dorfhalde»

Umgestaltung Seeplatz: Planungskosten 480'000 Franken

Ziel

- Schaffung einer attraktiven und autofreien Begegnungszone für Jung und Alt
- Aufwertung des historischen Ortsbilds

Online-Umfrage August bis September 2024

- Teilnehmende: $\approx 1'500$ Personen
- Befürwortung: 73 Prozent

Weiteres Vorgehen

- Ausarbeitung Projekte durch diverse Projektteams
- Jurierung mit breit zusammengesetzter Jury
- Wahl Siegesprojekt und öffentliche Ausstellung



Parkhaus «Dorfhalde»: Planungskosten 1.07 Millionen Franken

Ziel

- Lösung Parkierungssituation im Zentrum
- Verkehrsentslastung Unterdorf und Hauptplatz
- Kompensation Parkplätze auf dem Seeplatz



Traktandum 3

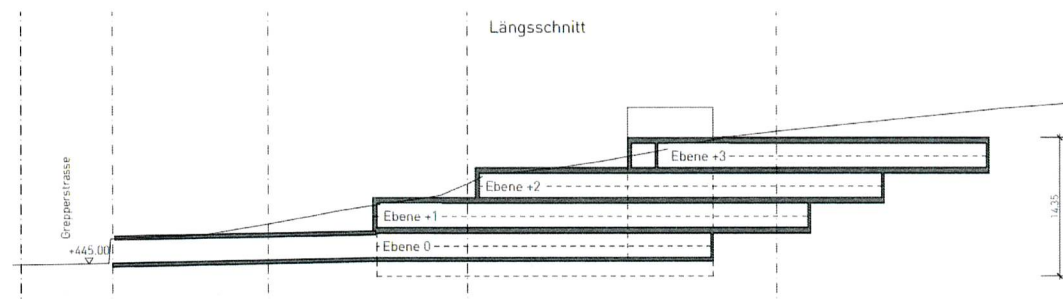
Parkhaus «Dorfhalde»: Planungskosten 1.07 Millionen Franken

Standortprüfung	Standort Monséjour	Standort Dorfhalde	Standort Räbmatt
Bevölkerungsbefragung	+	±	-
Lage / Zentralität	+	+	-
Baulandverfügbarkeit	+	+	-
Erschliessung	-	+	+
Verkehrsentlastung	-	+	+
Grundwasserschutz	-	+	+
Ortsbildschutz	-	±	+
Hochwasserschutz	-	+	+
Kosten	±	-	+

Parkhaus «Dorfhalde»: Planungskosten 1.07 Millionen Franken

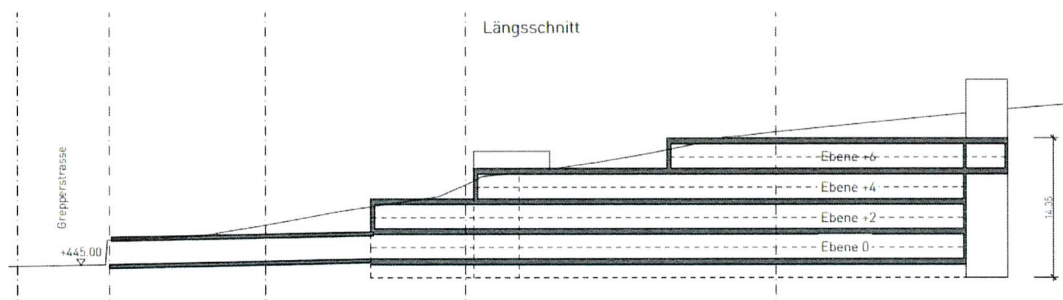
Variante 150 Parkplätze

- Realisierungskosten: ≈ 17.8 Mio. Franken
- Kosten pro Parkplatz: $\approx 119'000$ Franken



Variante 250 Parkplätze

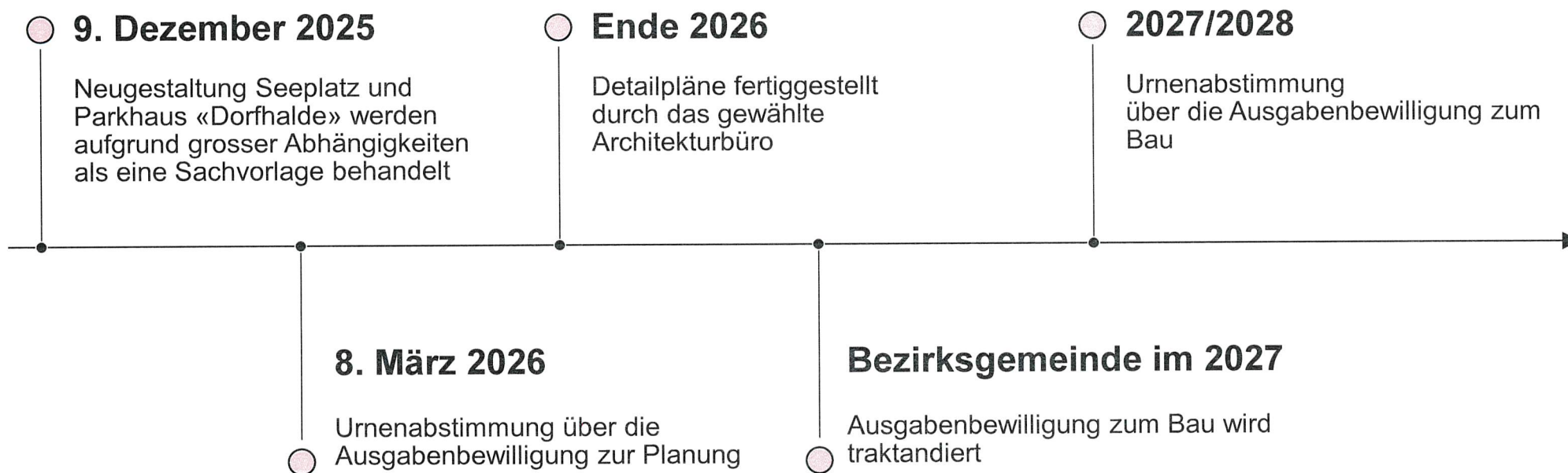
- Realisierungskosten: ≈ 23 Mio. Franken
- Kosten pro Parkplatz: $\approx 92'000$ Franken



Weiteres Vorgehen

- Durchführung Planerwahlverfahren (Submission)
- Erarbeitung Vorprojekt und Bauprojekt

Traktandum 3



Traktandum 4



Schlussabrechnung
Ausgabenbewilligung Realisierung
«Erneuerungen Sportanlage
Luterbach mit Sport- und
Infrastrukturgebäude und Parkier- und
Sportanlage inkl. Hochwasserschutz,
Küssnacht»

Traktandum 4

A) Zur Verfügung stehender Kredit

Ausgabenbewilligung gemäss Urnenabstimmung vom 13. Juni 2021	Fr. 11'829'768
--	----------------

B) Effektive Kosten

Kosten gemäss Bauabrechnung	Fr. 13'207'491
-----------------------------	----------------

C) Mehr-/Minderkosten

Mehraufwand	Fr. 1'377'723
-------------	---------------

./. Rückforderung Mehrwertsteuer	Fr. 543'251
----------------------------------	-------------

Kreditüberschuss (Mehraufwand)	Fr. 834'472
---------------------------------------	--------------------

Traktandum 4

Mehrkosten gegenüber Kostenvoranschlag	Fr.	365'667
--	-----	---------

Bestellungsänderungen	Fr.	257'352
-----------------------	-----	---------

Teuerung (Corona), Unvorhergesehenes	Fr.	211'451
--------------------------------------	-----	---------

Total Mehraufwand	Fr.	834'472
--------------------------	------------	----------------

Traktandum 4

Antrag des Bezirksrats

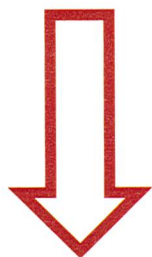
Genehmigung der vorliegenden Schlussabrechnung der Ausgabenbewilligung für die Realisierung «Erneuerungen Sportanlage Luterbach mit Sport- und Infrastrukturgebäude und Parkier- und Sportanlage inkl. Hochwasserschutz, Küssnacht» mit einem Mehraufwand von 834'472.05 Franken.



Traktandum 5 – Voranschlag 2026



Überblick



Erfolgsrechnung

**4.26 Mio.
Franken**

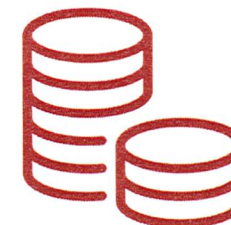
Aufwandüberschuss



Investitionsrechnung

**13.16 Mio.
Franken**

Nettoinvestitionen



Steuerfuss

**145
Prozent**

unverändert



Traktandum 5

Erfolgsrechnung

Gesamtübersicht <i>in Millionen Franken</i>	Budget 2025	Budget 2026	Abw. Budget absolut
Total Aufwand	104.211	96.033	- 8.178
Total Ertrag	- 100.439	- 91.778	8.661
Ergebnis (Voranschlag 2025)	3.772		
Senkung Steuerfuss – Bezirksgemeinde vom 9. Dezember 2024	2.956		
Gesamtergebnis (Aufwandüberschuss)	6.728	4.255	- 2.473

Traktandum 5

Personalaufwand

Hauptaufgabenbereiche Funktionale Gliederung <i>in Millionen Franken</i>	Budget 2025	Budget 2026	Abw. Budget absolut
Allgemeine Verwaltung	6.115	6.334	0.219
Ordnung und Sicherheit	2.156	2.111	- 0.045
Bildung	22.219	23.850	1.631
Kultur, Sport, Freizeit	0.080	0.085	0.005
Gesundheit	10.984	11.627	0.643
Soziale Sicherheit	1.549	1.577	0.028
Verkehr	1.223	1.213	- 0.010
Umweltschutz, Raumordnung	0.379	0.374	- 0.005
Volkswirtschaft	-	-	-
Finanzen und Steuern	-	-	-
Gesamtergebnis	44.705	47.171	2.466

Traktandum 5

Sachaufwand

Hauptaufgabenbereiche Funktionale Gliederung <i>in Millionen Franken</i>	Budget 2025	Budget 2026	Abw. Budget absolut
Allgemeine Verwaltung	2.940	2.919	- 0.021
Ordnung und Sicherheit	0.898	0.892	- 0.006
Bildung	4.577	5.077	0.500
Kultur, Sport, Freizeit	0.860	1.059	0.199
Gesundheit	2.081	2.007	- 0.074
Soziale Sicherheit	2.060	2.188	0.128
Verkehr	1.223	1.442	0.219
Umweltschutz, Raumordnung	2.582	2.325	- 0.257
Volkswirtschaft	0.026	0.004	- 0.022
Finanzen und Steuern	0.213	0.233	0.020
Gesamtergebnis	17.460	18.146	0.683

Traktandum 5

Transferaufwand

Hauptaufgabenbereiche Funktionale Gliederung <i>in Millionen Franken</i>	Budget 2025	Budget 2026	Abw. Budget absolut
Allgemeine Verwaltung	0.022	0.042	0.020
Ordnung und Sicherheit	1.356	1.056	- 0.300
Bildung	2.548	3.131	0.583
Kultur, Sport, Freizeit	0.712	0.837	0.125
Gesundheit	5.265	5.936	0.671
Soziale Sicherheit	5.906	6.094	0.188
Verkehr	3.966	4.064	0.098
Umweltschutz, Raumordnung	1.515	1.515	0.000
Volkswirtschaft	0.356	0.338	- 0.018
Finanzen und Steuern			
Gesamtergebnis	21.646	23.013	1.367

Traktandum 5

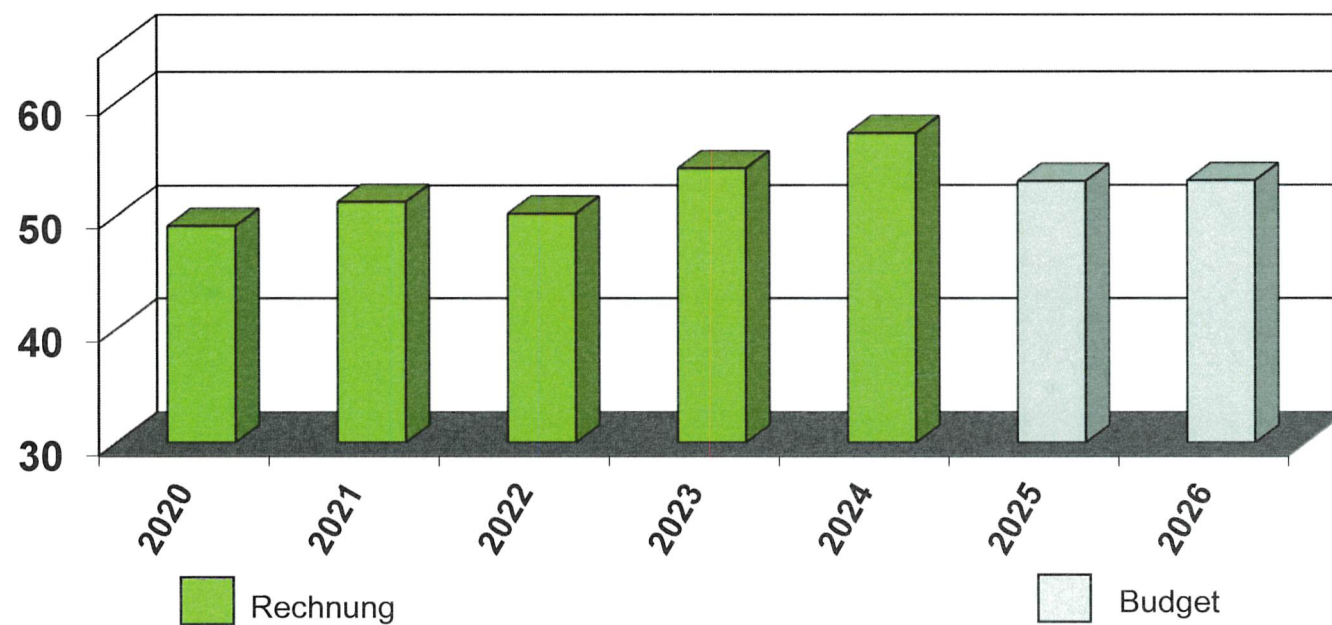
Steuererträge

Kostenart <i>in Millionen Franken</i>	Budget 2025	Budget 2026	Abw. Budget absolut
Ertrag	52.949	52.995	0.046
Natürliche Personen	47.854	47.760	- 0.094
Juristische Personen	5.095	5.235	0.140

Traktandum 5

Entwicklung Steuererträge

in Millionen Franken



Traktandum 5

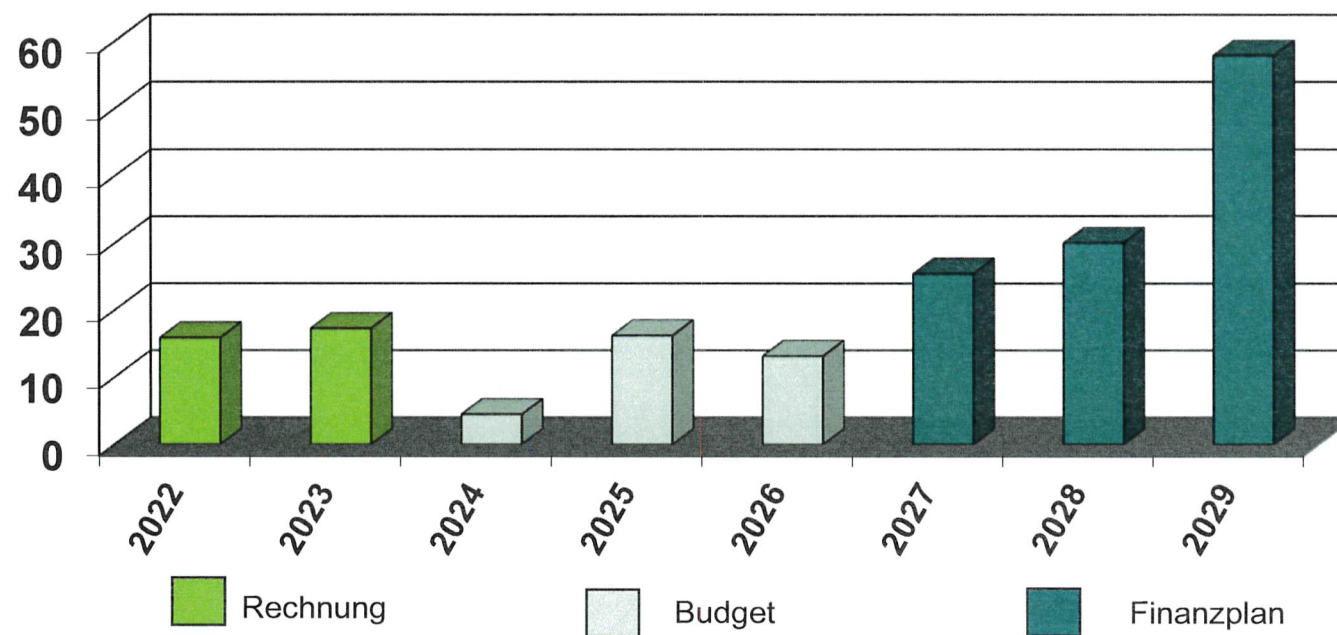
Investitionsrechnung

Kostenart <i>in Millionen Franken</i>	Budget 2025	Budget 2026	FP 2027	FP 2028	FP 2029
Investitionsausgaben	17.014	14.182	27.025	31.547	58.914
Investitionseinnahmen	- 0.800	- 1.018	- 1.565	- 1.490	- 1.000
Nettoinvestitionen	16.214	13.164	25.460	30.057	57.914

Traktandum 5

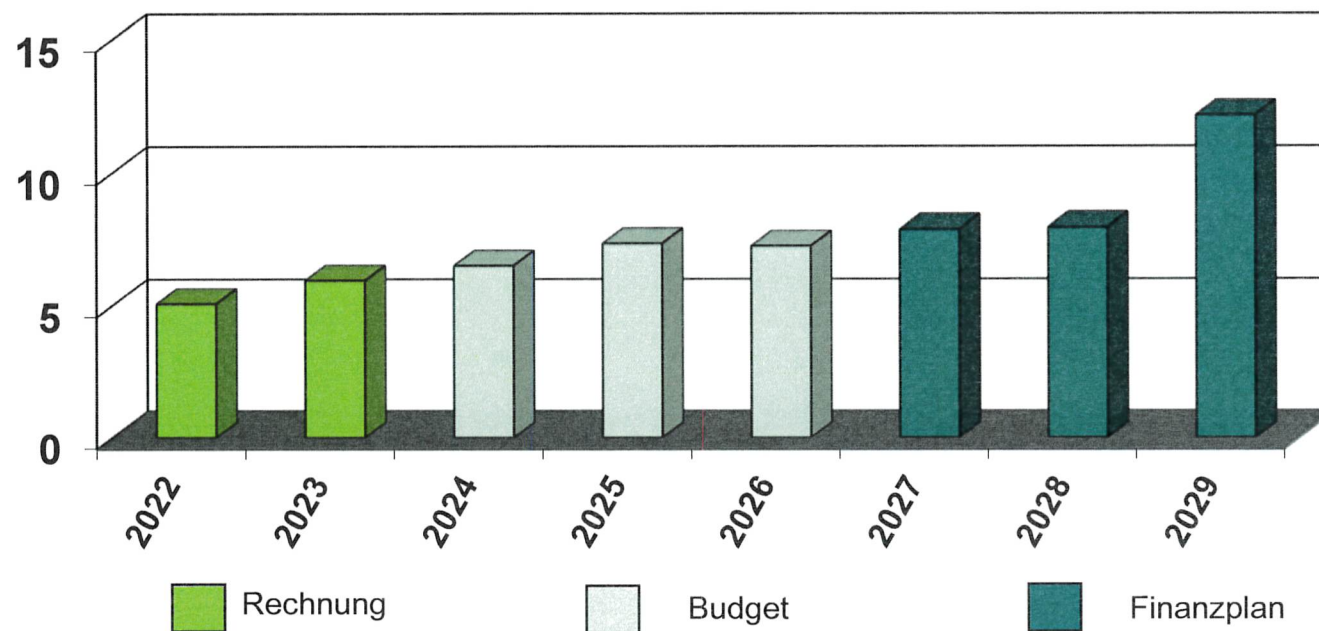
Entwicklung Nettoinvestitionen

in Millionen Franken



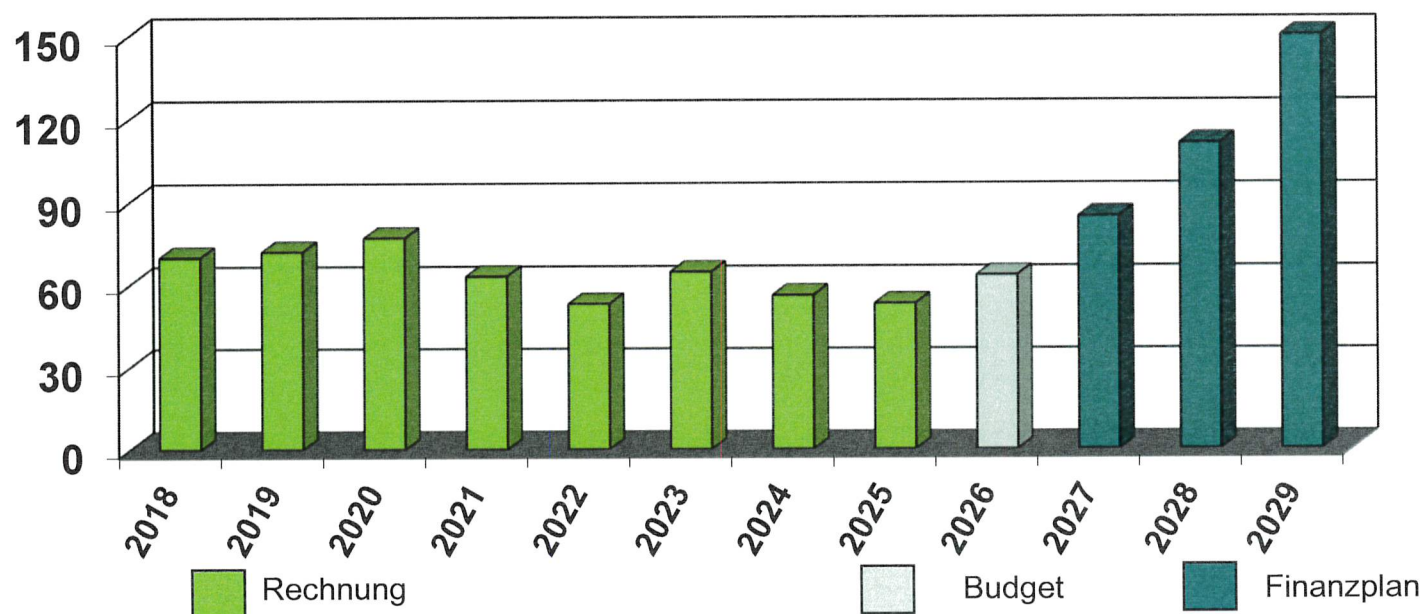
Entwicklung Abschreibungen

in Millionen Franken



Entwicklung Darlehen von Dritten

in Millionen Franken



Traktandum 5

Voranschlag 2026

Steuerfuss: 145 Prozent einer Einheit



Nachtragskredite 2025

- **Erfolgsrechnung 2025:** 1'272'400 Franken
- **Investitionsrechnung 2025:** keine



Traktandum 5

Pflegezentrum Seematt

Erfolgsrechnung 2026

- Aufwandüberschuss: 199'634 Franken



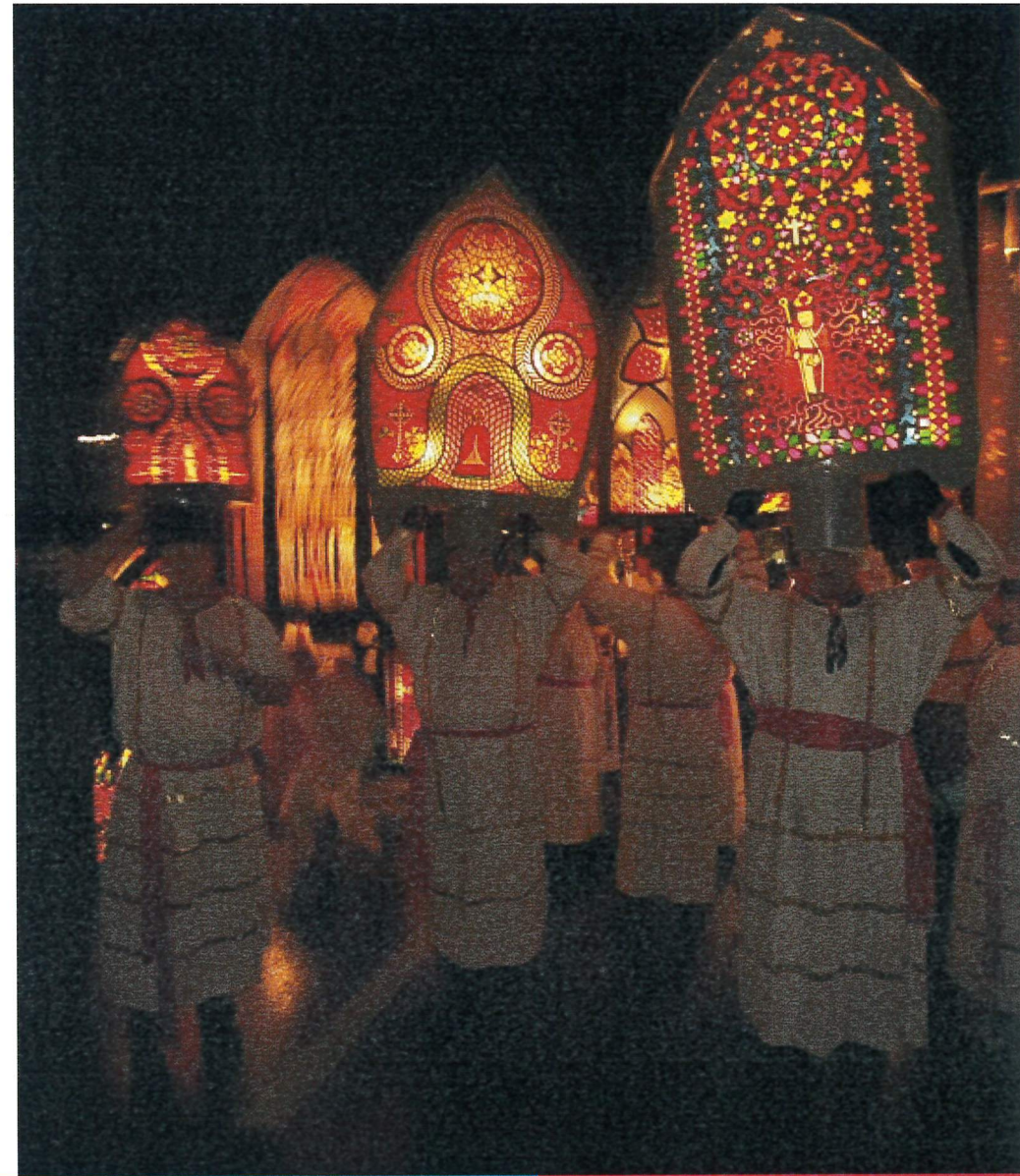


Ausblick

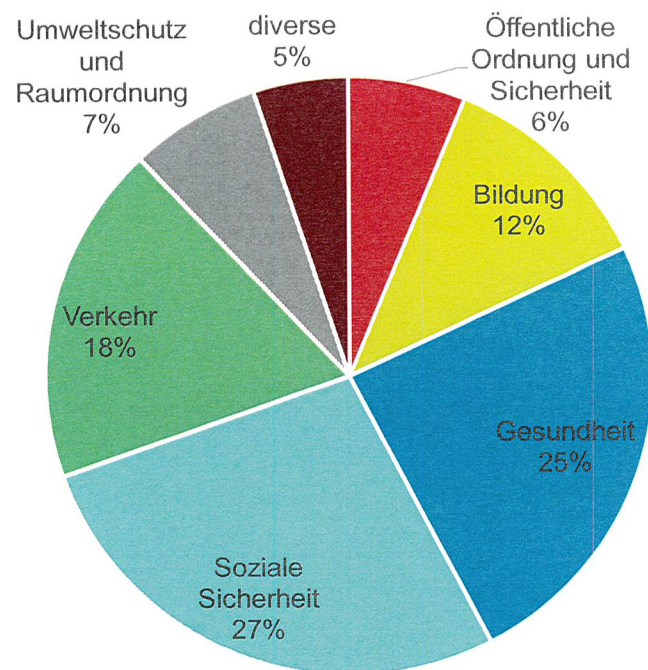
- Neujahrsapéro 4. Januar 2026
- Urnenabstimmung 8. März 2026
- Bezirksratswahlen 19. April 2026
- Bezirksgemeinde 20. April 2026

Auf Wiedersehen

Lassen Sie uns gemeinsam
den Bezirk Küssnacht
gestalten.



Transferaufwand



Soziale Sicherheit

- Wirtschaftliche Sozialhilfe

Gesundheit

- Pflegefinanzierungen
- Ambulante Krankenpflege

Bildung

- Sonderschule
- Gymnasium Immensee

Verkehr

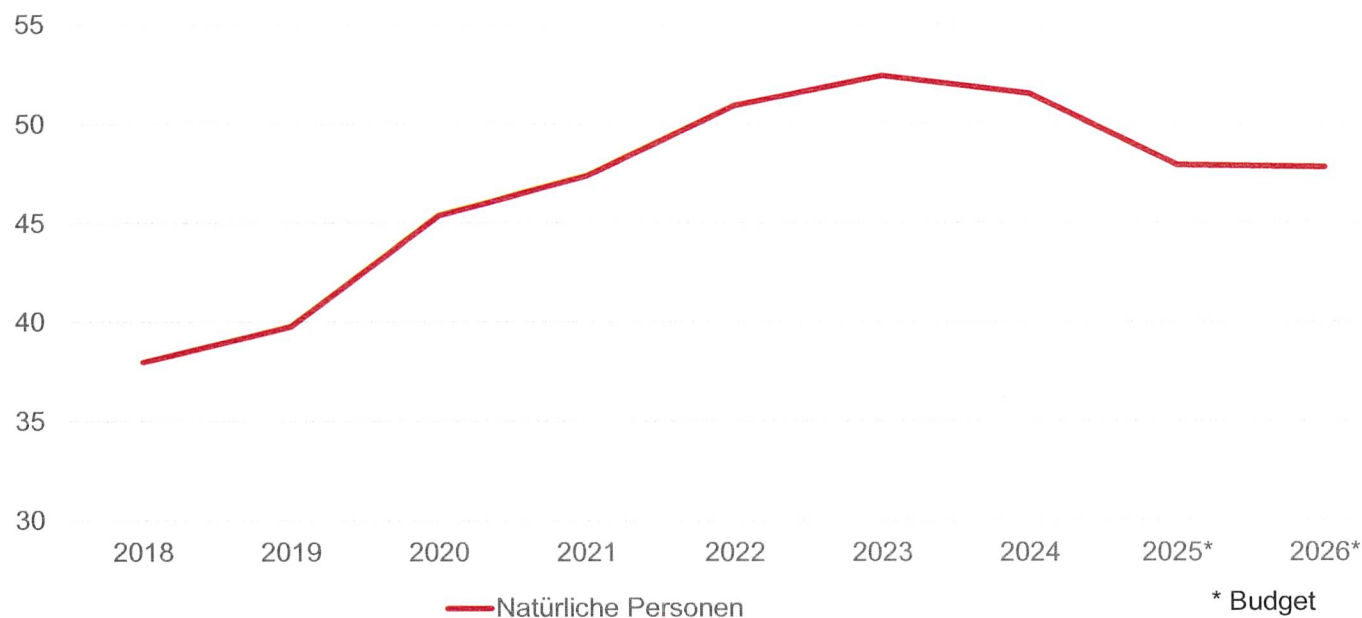
- Transportunternehmung
- Tarifverbund
- Abschreibungen Beiträge Kanton (SUK)

Traktandum 5 – Voranschlag 2026

Entwicklung Steuererträge

Natürliche Personen – laufendes Jahr und Vorjahre

in Millionen Franken

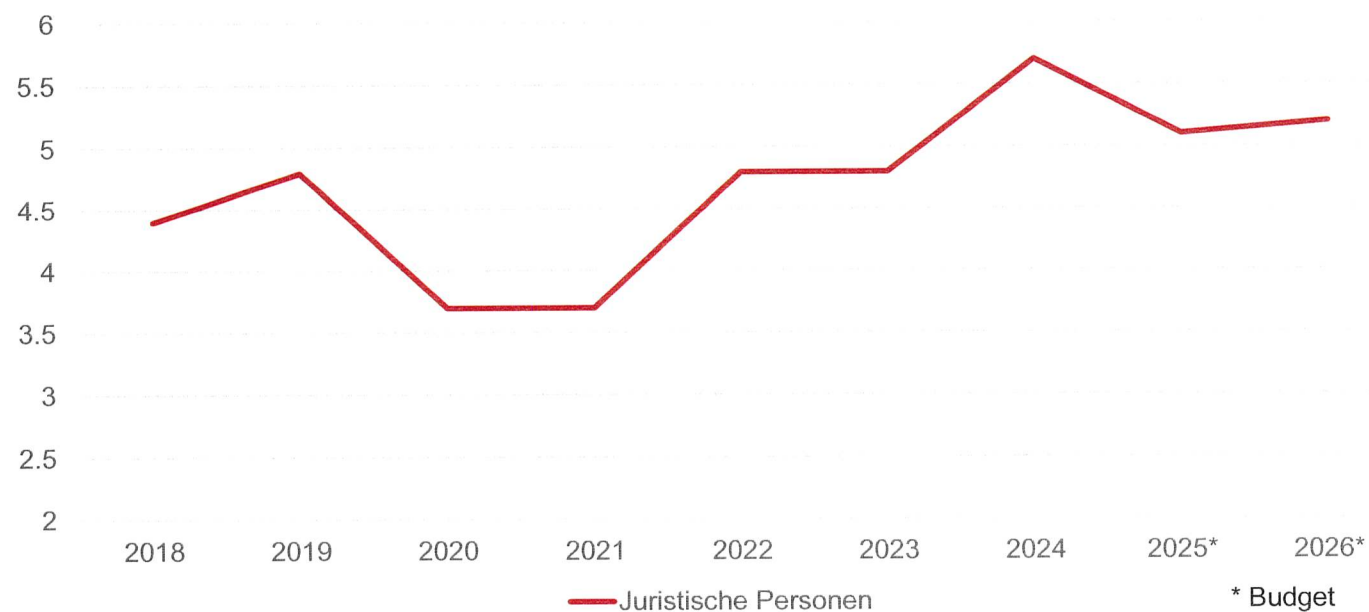


Traktandum 5 – Voranschlag 2026

Entwicklung Steuererträge

Juristische Personen – laufendes Jahr und Vorjahre

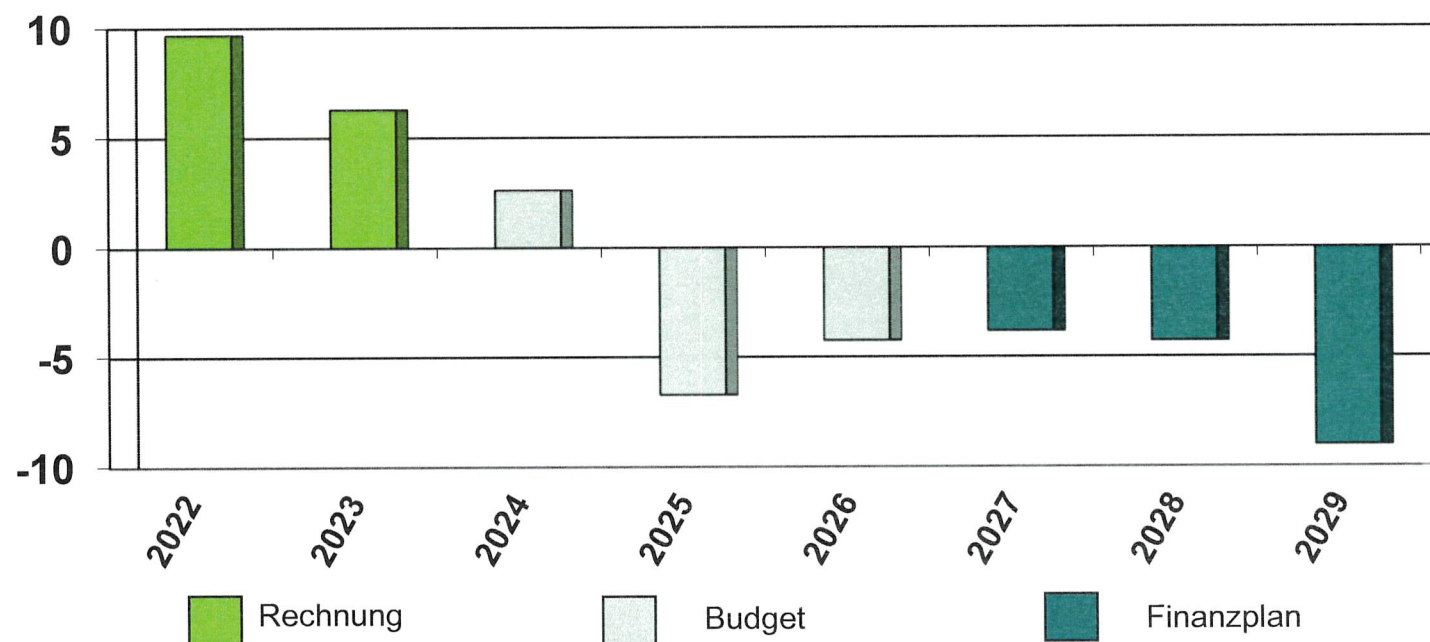
in Millionen Franken



Traktandum 5 – Voranschlag 2026

Entwicklung Ergebnis

In Millionen Franken



Traktandum 5 – Voranschlag 2026

Investitionsrechnung – grösste Investitionen 2026

• Schulhaus Ebnet 1 und 2, Aufstockung und Umbau	Fr. 2'660'000
• Kanalisation und Entwässerung Helgenstöckli Immensee	Fr. 700'000
• Chüelochtobel, Entwässerung	Fr. 900'000
• Südumfahrung FLAMA / Neue Zentrumsgestaltung	Fr. 1'500'000
• Alternative Lösung Asylunterkunft	Fr. 350'000
• Planung Umgestaltung Seeplatz	Fr. 480'000
• Beschaffung Kleinlöschfahrzeug (KLF)	Fr. 375'000

